

# Sitzung 06/14 des Einwohnerrates

Freitag, 12. Dezember 2014, 20.00 - 23.15 Uhr Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

| Vorsitz:   | Cantieni  | Arthur  | SP   | Präsident                    |  |
|------------|---|---|--|------------------------------|--|
| Anwesend:  | Einwohnerrat<br>Cantieni<br>Derrer<br>Dean<br>Dellagiacoma        | Arthur<br>Jörg<br>Cornelia<br>Claudio           | SP<br>SP<br>SP<br>FDP  | Präsident<br>Stimmenzähler   |  |
|            | Flück<br>Frei<br>Gruhler Heinzer<br>Käser<br>Marchetto            | Christian<br>Christoph                          | Pro Stein<br>Pro Stein<br>SP<br>FDP<br>SVP   | Stimmenzähler Vize-Präsident |  |
|            | Ochsner Oster Rossi Schäffeler Spescha                            | Daniel<br>Rolf<br>Jean-Marc<br>René<br>Peter    | SVP<br>SP<br>ÖBS<br>FDP<br>SP  | Aktuar                       |  |
|            | Vetterli  | Ruedi   | parteilos  |                              |  |
|            | <u>Stadtrat</u><br>Eimer<br>Böhni<br>Hug<br>Oderbolz<br>Schilling | Claudia Pia<br>Ernst<br>Beat<br>Markus<br>Heidi | Stadtpräsidentin<br>Sicherheitsreferent<br>Finanzreferent<br>Bau- und Werkreferent<br>Sozialreferentin |                              |  |
|            | <u>Verwaltung</u><br>Brügel<br>Furger<br>Grötchen                 | Stephan<br>Martin<br>Robert                     | Stadtschreiber<br>Zentralverwalter<br>Polizeichef/Weibel   |                              |  |
|            | <u>Geschäftsprüfungskommission</u>                                |   |  |                              |  |
|            | Weibel  | Urs   | Präsident  |                              |  |
| Protokoll: | Widmer  | Yvonne  | Protokollfü  | hrerin                       |  |

#### Traktanden

- 1. Protokollgenehmigung
- 2. Bericht des Stadtrates vom 19. November 2014 Finanzplan 2015 2019, Präsentation
- Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. April 2014
   Zwischenbericht Verwaltungsreform; Stellenplan der Stadt Stein am Rhein, Legislaturperiode 2013 – 2016, Anpassung
- 4. Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. November 2014 Voranschlag und Steuerfuss 2015: Beratung und Genehmigung
- Bericht und Antrag des Stadtrates vom 19. November 2014 Sanierung Riipark (ehemals Strandbad): Kreditantrag über Fr. 595'000
- 6. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2015
- 7. Ernennung einer Protokollführerin
- 8. Allgemeine Umfrage

**Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

## 1. Protokollgenehmigung

**Claudio Dellagiacoma, FDP,** möchte seine Aussage auf Seite 117, letzter Absatz, drittletzter Satz, wie folgt korrigiert haben: *Heidi Schilling* erachtet eine politische Aufarbeitung nicht mehr als notwendig.

Das Protokoll der Sitzung vom 14. November 2014 wird mit obiger Anpassung genehmigt.

# FINANZEN, Stadtkasse, Finanzplan

02.25.020

2. Bericht des Stadtrates vom 19. November 2014 Finanzplan 2015 – 2019, Präsentation

**Beat Hug, Finanzreferent,** verweist auf den zur Kenntnisnahme vorgelegten Finanzplan 2015 – 2019. Der Finanzplan war für den Stadtrat eine Art "Kaffeesatz lesen". Gewisse Annahmen mussten getroffen werden und sind in der Einleitung erwähnt, gewisse Annahmen konnten noch gar nicht getroffen werden, da diese noch im Raum stehen z.B. aufgrund EP2014.

Wichtig für den Finanzplan sind die Annahmen bezüglich Bevölkerungsentwicklung. Da sind sie von dem einen Prozent ausgegangen, welches angestrebt wird. Auch bei der Teuerung geht man von der normalen Teuerung aus, mit welcher auch der Bund und der Kanton rechnen. Bei der Wirtschaftsentwicklung sind sie von einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent ausgegangen, auch das sind Zahlen mit denen Bund und Kanton rechnen. Einen wichtigen Anteil haben auch die Finanzierungskosten, da geht man von einem mittleren Zinssatz von 2 Prozent aus.

Die Darlehen, die die Stadt hat, um sich zu finanzieren, laufen regelmässig aus und deshalb kann mit einem guten Mischsatz gerechnet werden. Teilweise sind die Zinsen

für weitere 8 Jahre gesichert, es muss einfach jedes Jahr eine Tranche erneuert werden. Das Investitionsvolumen wird ebenfalls beschrieben.

In den letzten Jahren wurde sehr, sehr viel investiert, was logischerweise auch zu einer grösseren Fremdverschuldung geführt hat. Diese Entwicklung ist natürlich unerfreulich, auch im Hinblick auf die Zukunft mit den beschlossenen Projekten. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass dies so nicht weitergehen kann und er hat sich als Ziel gesetzt, die Fremdverschuldung wieder auf den Stand von ca. 2010 zu reduzieren, also auf 15 Mio. Franken. Diesbezüglich werden noch Massnahmen getroffen, die momentan noch überprüft werden.

Die Abschreibungen wurden bei Bauinvestitionen teilweise auf 25 Jahre beschlossen. Das Problem ist dabei, dass diese Finanzmittel damit auch für diese Zeit gebunden sind. Nach Finanzhaushaltsgesetz kann die Abschreibungsdauer gewählt werden, muss aber in der Vorlage ersichtlich sein. Teilweise sind sie gezwungen, 10% abzuschreiben. Auch bei den Gemeindesteuern sind sie von der Entwicklung ausgegangen, die absehbar ist. Es wurden die aktuellsten Zahlen verwendet, also was eingegangen ist an Steuerzahlungen zum damaligen Zeitpunkt. Dort ist keine Luft mehr vorhanden. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass die Entwicklung gesteuert werden kann, dass Gegensteuer gegeben werden kann, wo die Situation aus der Hand zu gleiten scheint.

Ein wichtiger Kostenbereich ist die Bildung, bei der noch nicht bekannt ist, was auf die Stadt zukommt mit den Massnahmen des Kantons bezüglich der Volksschule. Das wird kommen, aber die Auswirkungen, die sind leider noch offen und es können noch keine genauen Aussagen gemacht werden. Der Stadtrat ist sich aber bewusst, dass auch bei der Schule mit gewissen Massnahmen geschaut werden muss, dass ein ausgewogenes Verhältnis zu den anderen Bereichen herrscht, da nicht mehr Geld vorhanden ist.

# **Diskussion**

Christian Flück, Pro Stein, teilt mit, dass dieser Finanzplan grundsätzlich auch der Vorstellung der bürgerlichen Parteien entspricht, obwohl im nächsten Traktandum die eine oder andere Stelle die zu bewilligen ist, noch zu reden geben wird.

Positiv am Finanzplan: die Planung der Steuereinnahmen wurde den Ergebnissen der letzten Jahre und den aktuellen Zahlen angepasst.

Zum Vergleich: Im alten Finanzplan wurden für das Jahr 2015 Fr.650'000 und für das Jahr 2016 Fr. 720'000 weniger eingeplant. Dies ist also im neuen Finanzplan als Plus-Position budgetiert, auch wenn sich das Einnahmenwachstum bis 2019 moderat um rund Fr. 100'000 pro Jahr fortsetzt. Er geht davon aus, dass die Ursache der höheren Steuereinnahmen nicht auf eine zukünftige Steuerfuss-Erhöhung zurück zu führen ist.

Positiv ist auch, dass auf eine detaillierte Aufzählung von zukünftigen Projekten verzichtet wurde. Diese werden ja mit der Verabschiedung eines neuen Leitbildes neu priorisiert.

Leider wird im 2016/2017 in der laufenden Rechnung ein negatives Resultat geplant. Für 2018/2019 wird eine schwarze Null bzw. Null-Plus geplant.

Mittel- und langfristig wird sich die Anpassung der Gebühren z.B. im Wärmeverbund und in der Bauverwaltung positiv auf den Finanzplan auswirken.

Die bürgerliche Fraktion dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für die umfangreiche Arbeit für den neuen Finanzplans.

Rolf Oster, SP, hat eine Frage an den Stadtrat zu Seite 1, wo erwähnt wird, dass man die Fremdverschuldung auf Fr. 10 Mio. reduzieren möchte. Hat sich der Stadtrat bereits Gedanken gemacht, wie? Ob man eine Steuererhöhung machen will oder eher Land

oder Liegenschaften verkauft? Spürt man diesbezüglich schon Tendenzen heraus, in welche Richtung es gehen wird. Selbst 10 Mio. sind nicht unerheblich und es muss etwas gemacht werden. Wie sieht das aus?

Beat Hug, Finanzreferent, wird die gestellten Fragen am Schluss zusammenfassend beantworten.

Urs Weibel, Präsident GPK, möchte sich aus Sicht der GPK äussern. Im Bericht der GPK konnte bereits über die zeitliche Entwicklung und die Entstehung des Finanzplans nachgelesen werden. Grundsätzlich schliessen sie sich der Haltung von Stadtrat Beat Hug an. Sie sind nicht besser im Kaffeesatz-Lesen als der Stadtrat und es ist eine logische Fortschreitung der Gemeindeentwicklung mit den heutigen Annahmen, mit all den Unsicherheiten, die man hat. Es ist zu befürchten, dass aus EP 14 eher ein KB 14 wird, ein kommunales Belastungsprogramm, aber die Auswirkungen wird man erst in Zukunft sehen. Wie bereits erwähnt, ist es eine Aufgabe des Stadtrates so wie auch des Einwohnerrates, diesem Finanzplan nachzuleben und diesen effektiv als Führungsinstrument anzuwenden. Bei Vorlagen die in Zukunft kommen werden, müssen die finanziellen Auswirkungen überprüft und der Finanzplan kontinuierlich an die Realität angepasst werden.

**Peter Spescha, SP,** möchte wissen, wie der Anstieg von Position 024 Verwaltung Tiefbau und 025 Verwaltung Hochbau begründet wird und wie bei 029 auf 2016 eine Reduktion um Fr. 89'000 erreicht werden soll.

Markus Oderbolz, Baureferent, erklärt, dass dies mit dem Antrag für die zusätzlichen Stellenpensen zusammenhängt und beim Hochbau gewisse Stufenanstiege aus verwaltungstechnischen Gründen anfallen.

**Peter Spescha** denkt nicht, dass damit die Fr. 89'000 eingespart werden können.

**Martin Furger, Zentralverwalter,** informiert, dass dieser Betrag nicht eine Abnahme der Ausgaben ist, sondern ein ausserordentlicher Aufwand im 2015 für den Ersatz der Telefonzentrale im Rathaus. Dies ist auch im Budget ersichtlich.

Beat Hug kann zur Frage von Rolf Oster nur allgemein Auskunft geben, er möchte sich diesbezüglich auch nicht in die Nesseln setzen. Der Stadtrat macht Überprüfungen, es gibt verschiedenen Massnahmen um Finanzen zu generieren und die Schulden abzubauen. Alle Möglichkeiten werden angeschaut und der Stadtrat muss auch abwägen, was politisch vertretbar und was realisierbar ist. Bei grösseren Massnahmen wird der Einwohnerrat oder je nach dem auch das Volk zuständig sein. Die Anträge von Seiten Stadtrat werden danach kommen.

René Schäffeler, FDP, hat noch einen Hinweis zu den Anmerkungen der GPK, dass der Finanzplan ein Führungsinstrument ist. Das ist grundsätzlich richtig, er ist aber auch ein Instrument, welches immer aktualisiert werden muss. Dies ging vom letzten Finanzplan bis zum vorliegenden relativ lange und er hofft, dass das in Zukunft regelmässig gemacht wird. Der Finanzplan umfasst nicht alle Richtlinien und Massnahmen, die wirklich nötig wären, um die 15 Mio. Verschuldung zu erreichen. Man ist am Ende der Periode noch weit davon entfernt und es stehen auch Investitionen wie das Rathaus von Fr. 8 Mio. im Raum. Diese Themen muss man vertieft anschauen und diesbezüglich ist der Finanzplan eine Richtlinie und kein verbindliches Dokument.

Beat Hug teilt mit, dass der Finanzplan dieses Mal etwas anders aufgegleist wurde und zwar nicht visuell sondern im Hintergrund. Anpassungen können relativ schnell gemacht werden und Ziel ist es auch, dass vor jedem Beschluss des Stadtrates die Auswirkungen im Finanzplan bereits aufgezeigt werden können. Auch Beschlüsse von Bund und

Kanton, die Auswirkungen haben, können relativ schnell dargestellt werden. Die Auswirkungen sind für den Stadtrat schnell ersichtlich und es kann schneller mit Massnahmen reagiert werden. Dies ist das Ziel und sie werden den Finanzplan à jour halten, damit dieser jederzeit aktuell abgerufen werden kann.

**Rolf Oster** hat eine Anmerkung zum Thema Geld und Grundstücksverkauf. Da liegt eine hohe Kompetenz beim Stadtrat, dies muss erwähnt werden. Da wäre von Seite Einwohnerrat sicher das Interesse da, dass man informiert wird, was geplant ist.

## Mitteilung an

Finanzreferat Bereichsleiter Finanzen Stadtkanzlei Ablage

#### **INNERES, Gesetze, Gemeinde**

03.35.005

3. Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. April 2014
Zwischenbericht Verwaltungsreform; Stellenplan der Stadt Stein
am Rhein, Legislaturperiode 2013 – 2016, Anpassung

**Arthur Cantieni, Einwohnerratspräsident,** weist darauf hin, dass zu diesem Thema ein schriftlicher Antrag der bürgerlichen Fraktion vorliegt.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, informiert, dass man mit der Verwaltungsreform nicht schlecht unterwegs ist. Vieles haben die Bereichsleiter/-innen und der Stadtrat bereits umgesetzt. Das Augenscheinlichste ist der Umzug der Bauverwaltung in zweckund zeitgemässe Räumlichkeiten in der Herfeld und die Aufstockung der Stellenprozente mit dem Bausekretär. Es fand ein kleiner Umbau im Rathaus statt, der Empfang wurde vom 1. Stock ins Parterre verlegt, damit man näher bei den Bürgerinnen und Bürger
ist. Die räumlichen Verhältnisse für die Mitarbeiter in der Einwohnerkontrolle und der
Steuerabteilung sind aber dadurch nicht besser geworden. Der Aspekt der Sicherheit
konnte nach wie vor im Rathaus auch nicht verbessert werden.

Man ist gut unterwegs, steht aber immer wieder bei den fehlenden Ressourcen an. Schon seit April 2014 liegt die im Stadtrat und der Verwaltung erarbeitete Vorlage für die Anpassung des Stellenplans vor. Die GPK als einwohnerrätliche Kommission hat als Entscheidungsgrundlage für den Einwohnerrat das Vorliegen des Finanzplans gefordert. Der Finanzplan ist ein Arbeitsinstrument des Stadtrates, dieser liegt jetzt vor und zeigt, dass die beantragte Erhöhung der Stellenprozente um 270% finanziert werden kann.

Vor 2 ½ Jahren hat der Stadtrat dem Einwohnerrat Ziel und Umsetzung der Verwaltungsorganisation präsentiert. Grundsätzlich hat sich die Idee der Aufteilung in eine politisch-strategische und eine operative Verwaltungsebene als richtig erwiesen. Mit dem Start 2012 wurden Aufgaben sowie personelle und materielle Ressourcen kostenneutral verschoben. Das Stadtpräsidium wurde von 90% auf 50% reduziert und es gab 100% mehr für die Bauverwaltung. Die bereits damals vorhandene Unterbesetzung in den einzelnen Abteilungen Stadtkanzlei, Sozialdienst, Zentralverwaltung und Bauverwaltung sind dabei nicht angegangen worden. Die Aufgaben wurden neu verteilt, ohne dass die personellen Ressourcen angepasst wurden.

Der Stadtrat und die Bereichsleiter Verwaltung sind nicht nur durch das Tagesgeschäft, das ca. 90% der Arbeitszeit ausmacht, gefordert, sondern auch durch den Nachholbedarf oder Reformstau aus den letzten Jahren. Die Kadenz der Projekte ist immer noch sehr hoch und eine angestrebte Reduzierung war bis jetzt kaum möglich, da einerseits der Kanton, andererseits aber auch Motionen und Volksinitiativen diese bestimmen. Zwei Jahre nach dem politischen Start ist es Zeit, ein Fazit zu ziehen, was mit diesem Antrag jetzt passiert.

Es wurde bereits viel diskutiert und geschrieben, kurz die wichtigsten Fakten:

Der Bericht und Antrag basiert auf einer externen Analyse zum Stand der Reform und der Zusammenarbeit. Die Aufgaben und die personellen Ressourcen wurden detailliert überprüft. Zur strategischen Führung des Stadtrats wurden Instrumente wie Jahres- und Legislaturziele, Finanzplan und Voranschlag erarbeitet. Der Status der Jahresziele und Massnahmen 2014 wurde durch den Stadtrat überprüft und wird später noch als schriftliche Information verteilt. Das Leitbild wird unter Einbezug der Bevölkerung erarbeitet und als Radar für die weitere Prioritätensetzung eingesetzt. Wegen der mangelnden Ressourcen konnten die verschiedenen Instrumente terminlich nicht zum gewünschten Zeitpunkt bearbeitet werden.

In einem weiteren Schritt wird der Stadtrat auch die effektive Belastung der Behördenmitglieder darlegen und die nötigen Anpassungen beantragen. Wichtig ist auch zu wissen, dass bei den Verbänden ARA und Entsorgung, gemäss den jeweiligen Statuten, das Stadtpräsidium das Präsidium dieser BBAs innehat und auch bei der Verwaltung sehr viel Mehrarbeit anfällt. Vor allem in den nächsten Jahren, wenn die ARA umgebaut und erweitert wird, ein neues Entsorgungskonzept in Erarbeitung ist und eng begleitet werden muss und zwar von allen Verwaltungsabteilungen.

Die Informationen zur operativen Führung und Umsetzung durch die Verwaltung liegen schriftlich vor und konnten auch in den Fraktionen und Kommissionen eingehend diskutiert werden.

Wichtig ist zu wissen, dass die Stadt Stein am Rhein mit einer Einwohnerzahl von 3'400 für eine öffentliche Verwaltung eine ungünstige Grösse hat. Die Verwaltungseinheiten bestehen in der Regel aus einer Person und die Stellvertretung ist so nicht richtig zu lösen und schwierig, da die stellvertretende Person bereits ein 100% Pensum hat. Man spricht dabei von unechten Vertretungen. Dadurch müssen Prioritäten für wichtige und dringende Aufgaben gesetzt werden, dafür kommen andere in der Prioritätenlisten nach hinten. Eine moderate Stellenanpassung in den zentralen Bereich ist daher zwingend notwendig, damit auch ein Stellenpool umgesetzt werden kann. Nicht zu vergessen sind, wie erwähnt, die hohen Überstundenzahlen, die von den Bereichsleitern generiert werden und zwar von allen.

Auf Seite 6 findet man die Ausführungen bezüglich Stadtkanzlei, die Aufgabenbereiche, welche die Stadtkanzlei erfüllt, die neuen zusätzlichen Abteilungen, die neuen zusätzlichen Aufgaben und der Handlungsbedarf. Auch beim Sozialdienst sind diese Angaben aufgeführt, beim Handlungsbedarf die Zunahme der Fälle und die bauliche Komponente, die eine grosse Rolle spielt und der psychologische Teil, der bei Sozialarbeit auch sehr belastend sein kann. Bei der Bauverwaltung und dem Bauamt sind neue zusätzliche Abteilungen und neue zusätzliche Aufgaben dazugekommen. Die Auflistung ist auf Seite 9 ersichtlich. Der Handlungsbedarf und die Ressourcenbindung werden aufgezeigt. Die Grundbedingungen für die Bauverwaltung sind ebenfalls ersichtlich. Auch für die Zentralverwaltung sind die neuen Abteilungen und Aufgaben und der Handlungsbedarf aufgezeigt.

Das Fazit aus Sicht der operativen Führung ist, dass zwingend und dringend eine Aufstockung um 270 Stellen-Prozente erfolgen muss und aufgrund der vorliegenden Unterlagen beantragt wird.

Auf Seite 11 sind die Auswirkungen auf den Stellenplan ersichtlich. Stadtkanzlei + 0.20, Zentral-/Steuerverwaltung + 0,20, Einwohnerdienste + 0.10, Sozialdienst + 0.20, Bauverwaltung + 1.0, Immobilien/Vermietung + 1.0, gibt insgesamt die 2.7 Stellen.

Auf Seite 12 ist alles gut dokumentiert, die Kosten und auch die Finanzierung werden aufgezeigt, dass ein Grossteil der entstehenden Kosten in der Bauverwaltung durch Gebühren und Überwälzung auf Projektkosten sowie aufgrund von Einsparungen getragen werden. Zusätzlich zu generierende Einnahmen und mögliche Einsparungen innerhalb des Baureferates sind auf Seite 13 aufgeführt. Dies betrifft vor allem die fachtechnischen Leistungen der Bauverwaltung, welche den Projekten verrechnet werden können.

Auch im Benchmarking, dem Gemeindevergleich, hat Stein am Rhein mit den neu 11,3 Stellen immer noch weniger als Beringen und Thayngen. Stein am Rhein hat mit der historischen Altstadt sehr viele Aufgaben zu erbringen, die andere Gemeinden nicht haben.

Der Stadtrat ersucht den Einwohnerrat um wohlwollende Prüfung und Zustimmung zur Änderung des Stellenplans, der Erhöhung um die 2,7 Stellen und die Anpassung an die im Laufe der Verwaltungsreform gewonnenen Erkenntnisse. Sie danken, wenn dem Antrag gefolgt wird.

Urs Weibel, Präsident GPK, hat sich bereits das letzte Mal, als die Vorlage im Rat war, dazu geäussert. Sie haben damals klar gesagt, dass zuerst der Finanzplan vorliegen muss und auch, dass die GPK eine Erhöhung um 170 Stellenprozente unterstützen kann. Bei einer weiteren Aufstockung um 100% in der Bauverwaltung haben sie jedoch Fragezeichen. Es geht ihnen darum, dass man die Aufstockung nicht nur aus dem Moment heraus betrachtet, sondern die Perspektiven aufzeigt. Die GPK hat ausführliche Gespräche mit den Bereichsleitern und den Stadträten geführt, auch in der Diskussion um den Voranschlag 2015 sind diese Themen nochmals zur Sprache gekommen. An der Haltung der GPK für eine Erhöhung der Stellenprozente um 170 % hat sich nichts geändert.

Im Bereich Stadtkanzlei/Steuerverwaltung/Einwohnerdienste/Sozialdienste sehen sie die Erhöhung als unbestritten an. Eine Erhöhung um 0,7 %, und zwar zeitlich unbefristet, kann vorgenommen werden. Zugleich kann in der Bauverwaltung um 100% aufgestockt werden, dort würden sie es der Bauverwaltung und dem zuständigen Stadtrat offen lassen, wie diese 100% eingesetzt und aufgeteilt werden. Soweit der Antrag, den er am Schluss nochmals klar formulieren wird.

Weshalb keine zeitliche Befristung? Einerseits findet die GPK den Bedarf nachhaltig ausgewiesen. Wenn zeitlich befristete Stellen besetzt werden müssen, ist es immer schwierig, geeignete Personen zu finden und was ist der Massstab, um eine befristete Stelle dann weiterzuführen oder wieder herunterzufahren. Sie sind der Meinung, dass eine zeitliche Befristung in einem klaren Projekt formuliert werden müsste, mit den gesetzten Zielen z.B. Aufarbeitung von Pendenzen. Dies würde dann nicht über den Stellenplan abgewickelt werden, sondern über das Budget, je nach Höhe in Kompetenz des Stadtrates oder des Einwohnerrates.

Die GPK hat auch bereits klar gesagt, dass sie im Moment eine weitere Aufstockung in der Bauverwaltung nicht sehen. In all diesen Gesprächen kam klar zum Ausdruck, dass

die Verwaltungsreform ein Prozess ist, der noch nicht abgeschlossen ist, auch nicht mit dieser Vorlage und dass dieser noch weitergehen wird. Sie finden, dass auch in diesem Bereich ein moderates Wachstum stattfinden muss und man immer wieder anschauen muss, ob man auf Kurs ist. Braucht man nochmals eine feste Stelle oder kann man dies allenfalls mit Projektmitteln lösen.

Die GPK beantragt eine Erhöhung Stadtkanzlei um 0.2, Zentral- und Steuerverwaltung um 0.2, Einwohnerdienste um 0.1, Sozialdienst um 0.2 wie im Antrag des Stadtrates formuliert. In der Bauverwaltung und Immobilien/Vermietung zusammen eine Erhöhung um 1 Stelle, Aufteilung in Kompetenz des Stadtrates, so wie es am meisten Sinn macht.

#### Eintreten

René Schäffeler, FDP, erklärt, dass die bürgerliche Fraktion den Zwischenbericht bezüglich Verwaltungsreform begrüsst und dass der Stadtrat die vorhandenen Probleme offen anspricht. Sie können sich aber einer unbefristeten Stellenerweiterung im vorgesehenen Umfang nicht anschliessen.

Es ist schön, dass die GPK bereits auf den Antrag der Bürgerlichen eingegangen ist. Man ist noch nicht am Ende der Verwaltungsreform, man hat nur einen Zwischenbericht in der Hand, das wird auch immer wieder erwähnt. Viele Schnittstellen sind noch nicht klar geregelt, auch in der Vorlage selbst wird davon gesprochen, dass viele Abläufe noch nicht effizient und effektiv sind. Man spricht von Restanzen, all dies führt dazu, dass sie einer unbefristeten Stellenerweiterung in diesem Umfang nicht zustimmen können. Es hat viele Anpassungen von kleinen Pensen mit 20% und 10% mit denen nach ihrer Meinung, durch eine zusätzliche Einstellung von Mitarbeitern, gar keine Stellvertretung erreicht werden kann. Wenn schon kann man eine temporäre Einstellung von Pensen vorsehen. Deshalb werden sie nach dem Eintreten einen konkreten Antrag dazu stellen mit einer temporär befristeten Aufstockung bei den kleineren Pensen in den verschiedenen Verwaltungsbereichen. Dies nicht zuletzt auch aus einem psychologischen Grund.

Das Thema Verwaltungsreform muss zuerst abgeschlossen werden und dann hat man eine Ausgangslage, um definitiv zu wissen, ob es diese Pensen braucht oder nicht. Beim Bauamt sind sie der Meinung, dass dies differenziert betrachtet werden muss. Im Bereich der Liegenschaftenverwaltung sehen sie es ähnlich, wie vorher dargelegt, auch dort sind sie der Meinung, es braucht eine Befristung und nicht mit einem 100%-Pensum, sondern aus ihrer Sicht reicht zum Anfang ein 50%-Pensum. Da gibt es relativ viel Arbeit zur Aufarbeitung und Unterlagen sind zu erarbeiten, um langfristig eine Immobilienbewirtschaftung zu erreichen. Aber es ist auch nicht so, dass dies eine Kernaufgabe der Stadt ist. Dies ist ein Thema, das durchaus auch extern vergeben werden kann.

Im Bereich der Bauverwaltung sind sie der Meinung dass eine unbefristete 100%-Stelle geschaffen werden muss. Mit dieser Stelle wird auch die Möglichkeit erreicht, im Bereich der Bauherrenvertretung wesentliche externe Kosten einzusparen. Um in diesem Bereich die Möglichkeit zu haben, eine Fachkraft einzustellen, macht eine Befristung keinen Sinn.

Bei all diesen Überlegungen geht es auch darum, die Kosten unter Kontrolle zu halten. Es gibt jetzt zwar einen Finanzplan und einen Voranschlag, die gewisse finanzielle Möglichkeiten aufzeigen, aber dieser Spielraum beruht, wie von Beat Hug erwähnt, auf Zahlen aus der Vergangenheit und auf optimistischen Annahmen. Dies muss man im Auge behalten, das kann relativ schnell kippen. Das Steuerwachstum und andere Posi-

tionen im Finanzplan liegen nicht unter Kontrolle der Stadt und da muss man versuchen, die Kosten im Griff zu behalten. Deshalb möchten sie diese Kosten nur befristet.

Sie sind für Eintreten, werden aber wie bereits erwähnt, einen Antrag stellen, den er später detailliert vorlesen wird.

Irene Gruhler Heinzer, SP, verweist auf die Kontrollfunktion des Einwohnerrates und die dafür eingesetzte GPK. Die GPK geniesst das Vertrauen, da sie ihre Arbeit gewissenhaft macht. Die GPK hat alles genau überprüft und ist fast gleichwertig zusammengesetzt, d.h. die bürgerliche Fraktion hat drei Vertreter, die SP zwei Vertretungen. Unter anderem sind Arthur Cantieni und Christian Flück als Vertreter des Einwohnerrates Mitglieder. Sie sprechen der GPK ihr vollstes Vertrauen aus und folgen deren Antrag. Sie möchte aber noch begründen, wieso dies so ist.

Die vorgesehene Aufstockung von 1,7 Stellen können sie unterstützen und zwar unbefristet. Befristete Stellen sind einerseits für den Arbeitnehmer unbefriedigend, aber auch aus Sicht des Arbeitgebers nicht optimal. Es wird jemand eingearbeitet und wenn das Wissen da ist, wird er wieder entlassen. Dies finden sie nicht sehr effizient. Stein am Rhein hat eine steigende Einwohnerzahl, die Aufgaben werden gesamthaft grösser und es ist sicher gerechtfertigt, die vorgesehenen 170% zu bewilligen. Im Moment ist es für sie noch nicht ganz klar ersichtlich, dass in der Bauverwaltung 200 Stellenprozente gerechtfertigt sind, sicherlich aber 100%. Wenn ausgewiesen werden kann, dass diese zweite Stelle benötigt wird, sind sie offen dafür, dies zu diskutieren, aber im Moment können sie den Schilderungen des GPK Präsidenten folgen und sind für Eintreten.

Ruedi Vetterli, parteilos, ist, während er sich mit der Vorlage beschäftigt hat, noch ein anderer Aspekt in den Sinn gekommen, der seines Erachtens auch eine grosse Rolle spielt, wenn man die Gesamtarbeitssituation bezüglich Stellenprozenten im Rathaus beurteilt. Es ist vielleicht ein etwas heikles Thema, aber er findet, dies muss trotzdem auch auf den Tisch.

Man muss kein Hellseher sein und man spürt das, dass im Stadtrat bezüglich Zusammenarbeit ein sehr schwieriges Klima herrscht. Wenn man nach der letzten Einwohnerratssitzung draussen gestanden ist und die Voten gehört hat, dann musste einem dies zu denken geben. Das ist ein Klima, das man schon fast als vergiftet bezeichnen kann. Man weiss heute eindeutig, dass dies direkte Auswirkungen hat auf untergeordnete Stellen. Also auch auf die städtische Verwaltung, auf die Menschen, die für die Stadt Stein am Rhein arbeiten. Er ist überzeugt, dass die Bereichsleiter und auch die anderen Mitarbeiter von diesem Klima betroffen sind. Auch wenn jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter noch so viel Engagement zeigt, ist es klar, dass so ein Klima Energie bindet und im Alltag verpuffen lässt. Das ist ärgerlich, ungesund und unnötig und ganz sicher nicht im Sinne der Steinerinnen und Steiner.

Bevor er jetzt also hingeht und Stellenprozente bewilligt, würde er es begrüssen, wenn er hören könnte, was der Stadtrat zu machen gedenkt, um zu einem konstruktiven Miteinander zu finden, welches, davon ist er überzeugt, nicht mehr immer der Fall ist. Er geht aber nicht davon aus, dass dies heute Abend möglich sein wird.

Er ist auch für Eintreten und er wird einer gewissen Erhöhung auch zustimmen, aber er wird dies in erster Linie aus Respekt machen vor dem grossen Engagement der Personen, die für Stein am Rhein arbeiten. Er sieht aber einen grossen Handlungsbedarf oder positiv formuliert, brachliegende Ressourcen, Energien und Arbeitskraft.

René Schäffeler möchte den durch Ruedi Vetterli angesprochene Punkt auch aufgreifen: das Verpuffen von Ressourcen. Genau die Situation mit noch nicht definitiv festge-

legten Abläufen und dem Hickhack, welches auch sie zur Kenntnis nehmen, erlauben es nicht, jetzt unbefristet Stellen zu schaffen. Damit lösen sie dieses Problem nicht. Es sind andere Probleme zuerst zu lösen und deshalb werden sie sicher an diesem Thema festhalten.

#### Detailberatung

Seite 3

Rolf Oster, SP, wundert sich, dass gemäss Organigramm im Sicherheitsreferat Forst und Feuerwehr direkt geführt werden. In beiden Situationen sind kompetente Leute vorhanden. Bei der Feuerwehr kommt der Feuerwehrverband, das ist eine Tatsache, und im Forstbereich hat man auch einen ausgewiesenen Fachmann, der diesen Bereich führt. Er versteht nicht, wieso man dies so darstellt, grundsätzlich sind dies Paradebeispiele, die eigentlich strategisch und nicht operativ geführt werden können. Er bittet den Stadtrat, konkrete Massnahmen zu treffen um dies, wie in der Verwaltungsreform angedacht, umzusetzen.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, verweist auf Seite 3 oben, wo erwähnt wird, dass die Bereiche Altersheim/Spitex, Forst, Landwirtschaft und Stadtpolizei aus heutiger Sicht nicht richtig zugeordnet sind. Teilweise haben sich durch die Neuzuteilung der Referate auch Verschiebungen ergeben. Auch im Organigramm fehlen noch wesentliche Bereiche, es ist ein Zwischenbericht und sie arbeiten daran.

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, bestätigt, dass sie bei der Feuerwehr, Forst und Polizei kompetente Leute haben, die praktisch eigenständig arbeiten. Aber sobald es etwas zu organisieren oder zu schreiben gibt, ziehen sie immer den Stadtschreiber hinzu. Dieser ist seine rechte Hand wenn es in den Bereich Administratives hineingeht. Richtig ist, dass der Forst an und für sich selbständig ist und die Feuerwehr selbständig wird und auch bei der Entsorgung sind sie daran. Bei vielen Themen ist der Stadtschreiber der richtige Mann, um sie dabei zu begleiten.

#### Seite 9

Rolf Oster, SP, wundert sich über den Antrag, der durch die Bürgerlichen formuliert wurde, da genau die Bauherrenvertretung viel besser extern vergeben werden kann. Dies sieht man am Beispiel von Herrn Kockelkorn, der die Baubegleitung bei der HO-GA-Halle gemacht hat. Er kann sich gut vorstellen, dass Herr Kockelkorn wenig Ahnung hat, wie man das Rathaus sanieren soll. Er kann sich nicht vorstellen, dass Stein am Rhein über die nötigen Mittel verfügt, um eine Person anzustellen, die bezüglich Bauherrenvertretung über ein Wissen verfügt, dass in die verschiedensten Baubereiche geht. Er ist überzeugt, dass man dies mit einer externen Vergabe an eine spezialisierte Person besser lösen kann. Dies hat er bereits beim letzten Mal so ausgeführt, aber es wird einfach nicht zugehört. Er ist überzeugt, dass der Stadtrat in diesem Punkt falsch argumentiert und die Bürgerlichen ebenso.

René Schäffeler möchte dazu etwas entgegnen. Gerade in der SP haben sie ein Paradebeispiel mit Andi Frei, der über verschiedenste Projekte als Bauherrenvertreter tätig ist. Man findet durchaus gute Fachleute, die eine solche Aufgabe ausfüllen können.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, möchte von Seiten Bauverwaltung noch kurz Stellung nehmen. In der Bauverwaltung haben sie vielschichtige Projekte, die zuerst aufgestartet werden müssen. Auch ein Bauherren- oder Bauprojektvertreter muss zuerst gebrieft werden, dessen Leistungen müssen zuerst definiert werden, dazu muss noch die entsprechende Person gefunden werden. Bei den vielen anstehenden Projekten, die bereits verabschiedet wurden und in der Pipeline sind, haben sie gute Erfahrungen gemacht. Aber nichts desto trotz ist es schwierig, gute Leute zu finden, die die

Bauverwaltung in diesem Bereich unterstützen können. Dazu ist es auch nötig, dass diese nah begleitet werden und sie haben nicht einmal die Kapazität, um diese Begleitung zu machen. Gerade am Beispiel der Sporthalle HOGA kann man die Qualität abmessen, aber auch dort brauchte es trotz Bauherrenvertreter ein grosses Engagement aus der Bauverwaltung und dem Baureferat.

**Rolf Oster** kann nachvollziehen, was der Stadtrat Oderbolz ausgeführt hat. Aber den noch ist es wichtig, dass der Markt da ist und dies könnte der Stadtrat nützen und die privatisierte Bauherrenvertretung übernehmen.

## Seite 11

**Gian Luca Marchetto, SVP,** hat eine Frage zur Tabelle bezüglich Stadtpolizei. Ihm ist Sicherheit sehr wichtig und er möchte wissen, ob sich der Stadtrat Gedanken gemacht hat, wie es nach der Pensionierung eines Mitarbeiters dort weiter aussehen wird.

**Ernst Böhni, Sicherheitsreferent,** erinnert daran, dass die Stadtpolizei früher mit 3 Personen besetzt war. Bei der Verwaltungsreform hat man dann auf 2 reduziert, damit sind auch die 50%, die für die Feuerwehr aufgebracht wurden, weggefallen. In diesem Zusammenhang wird es dann auch eine Anpassung mit der Gründung des Feuerwehrverbandes geben, da die restlichen 30% nicht ausreichen.

Für die Zukunft sieht es so aus, dass aus Sicherheitsgründen nicht alleine ausgerückt werden darf. R. Grötchen und B. Hirschi müssen relativ viel ausrücken und müssen viel erledigen, auch mit Vandalismus etc., bis die Kantonspolizei anrückt. Beat Hirschi wird in 4 Jahren pensioniert, also ist es jetzt etwas früh, über eine Verwaltungspolizei oder eine Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei oder der Schaffhauser Polizei zu sprechen, dies steht noch in den Sternen. Sie denken aber, dass sie diese 2 Stellen benötigen, auch um eine Ablösung und Pikettdienst zu garantieren.

**Gian Luca Marchetto** fasst die Aussagen so zusammen, dass der Referent bei diesem Thema am Ball ist und bleiben wird.

**Gian Luca Marchetto** verweist auf den Bereich Schulen, Bäder (Haus-/Anlagenwarte) und denkt, dass die 7.48 Stellen angepasst werden müssen, da die Stelle des Bademeisters wegfällt.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, bestätigt dies.

**Markus Oderbolz** weist darauf hin, dass das vorliegende Papier vom 7. April 2014 stammt. Am Papier hat sich in der Zwischenzeit nichts geändert und der Beschluss der letzten Sitzung wird noch einfliessen.

**Arthur Cantieni** fasst zusammen, dass neben dem Antrag des Stadtrates noch ein Antrag der GPK und der bürgerlichen Fraktion vorliegt.

René Schäffeler verweist auf den verteilten schriftlich Antrag und die vorgehende Argumentation. Er möchte infolge der fortgeschrittenen Zeit darauf verzichten, diesen mit den Überlegungen nochmals ganz vorzulesen. Arthur Cantieni wird die Antragspunkte verlesen.

**Stephan Brügel, Stadtschreiber,** möchte zum 2. Antrag wissen, ob diese 50% befristet oder unbefristet sind.

René Schäffeler macht deutlich, dass es sich dabei wie oben im Text ausgeführt, um eine befristete Anstellung handelt.

Martin Furger, Zentralverwalter, möchte sich nicht inhaltlich zur Vorlage zu äussern. Möchte aber einen zusätzlichen Aspekt bezüglich der Befristung einbringen. Es wird

jetzt eine Anpassung des Stellenplans beschlossen, der jetzige Stellenplan ist gültig bis 2016. Aus dieser Sicht macht die Befristung auf 2 Jahre, auch auf Ende 2016, irgendwie gar keinen Sinn. Da der Einwohnerrat im Jahr 2015 sowieso im Rahmen des neuen Stellenplans zu allen Stellen, nicht nur den heute beantragten, neu Stellung nehmen kann. Er kann dabei jede Anpassung, die er will, beschliessen. Daher kommt es auf das Gleiche heraus, ob man diese Stellen befristet oder in den Stellenplan aufnimmt, da man 2015 eh die Möglichkeit hat, diese wieder zu beurteilen.

René Schäffeler verweist auf seine Ausführung, dass die Bürgerlichen diesen Antrag auch aus einem psychologischen Hintergrund gestellt haben. Eine Befristung ist einfach etwas Anderes. Sonst müsste man ja alle Stellen immer auf 4 Jahre befristen, wenn man dieser Argumentation folgen möchte. Sie sind sich durchaus bewusst, dass sie im Jahr 2015 wieder über den Stellenplan diskutieren können.

Urs Weibel, Präsident GPK, möchte sich noch kurz dazu äussern, wieso die GPK diese Stellen nicht befristen will. Sie sind überzeugt, es sind nicht nur strukturelle Prozesse, die diese Pensenerhöhungen rechtfertigen, sondern es ist die zunehmende Arbeitslast durch eine Zunahme der Aufgaben, die an die Gemeinden delegiert werden und die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung. Deshalb schauen sie dies nicht nur als Prozess an, sondern als Gerechtfertigt aufgrund der Entwicklung der Stadt Stein am Rhein. Zudem wird bei jeder Stellenvakanz, sei es durch Kündigung oder Pensionierung, überprüft, ob es diese Stelle, dieses Stellenprofil, dieses Pensum noch braucht. Es ist viel wichtiger, dass man den Stellenplan so auch immer anwendet und bei jeder frei werdenden Stelle dies nochmals überprüft.

Arthur Cantieni, Einwohnerratspräsident, erläutert das Vorgehen bei der folgenden Abstimmung. Es liegt der Antrag des Stadtrates, derjenige der bürgerlichen Fraktion, den er noch verlesen wird, und der Antrag der GPK auf Erhöhung um 1,7 Stellen, vor. Er wird zuerst den Antrag der GPK dem Antrag der bürgerlichen Fraktion gegenüberstellen. Der Obsiegende wird danach dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt.

Das Vorgehen wird durch den Rat gutgeheissen.

## **Eventualabstimmung Antrag GPK: Antrag Bürgerliche Fraktion**

#### Antrag GPK

Erhöhung um 1,7 Stellen, unbefristet.

## Antrag bürgerliche Fraktion

- Der Stellenplan ist in den Bereichen Stadtkanzlei, Zentral-/Steuerverwaltung, Einwohnerdienste, Sozialdienst sowie Immobilien/Vermietungen gemäss Antrag des Stadtrates anzupassen, allerdings sind diese Anpassungen bis 31. Dezember 2016 zu befristen.
- 2. Im Bereich Immoblien/Vermietungen ist der Stellenplan von 0 auf 50 Stellenprozente anzupassen (anstelle der in der Vorlage vorgesehen 100 Stellenprozente).

**Arthur Cantieni** weist darauf hin, dass die 100% Stelle in der Bauverwaltung unbefristet wäre, die restlichen Pensen befristet.

## Abstimmung

Antrag GPK: 7 Stimmen Antrag bürgerliche Fraktion: 7 Stimmen 7 Stimmen

Arthur Cantieni muss als Einwohnerratspräsident den Stichentscheid fällen. Er möchte auf weitere Begründungen und Ausführungen verzichten. Als Mitglied der GPK hat er deren Antrag unterstützt und möchte dabei bleiben.

#### **Beschluss**

Der Antrag der GPK obsiegt mit 8 Stimmen und wird jetzt dem Antrag des Stadtrates gegenüber gestellt.

## **Eventualabstimmung Antrag Stadtrat: Antrag GPK**

#### Antrag Stadtrat

Der Stellenplan sei in den nachstehend aufgeführten Positionen wie folgt anzupassen:

| - | Stadtkanzlei              | + 0.2 |
|---|---------------------------|-------|
| - | Zentral-/Steuerverwaltung | + 0.2 |
| - | Einwohnerdienste          | + 0.1 |
| - | Sozialdienst              | + 0.2 |
| - | Bauverwaltung             | + 1.0 |
| - | Immobilien/Vermietungen   | + 1.0 |

## Antrag GPK

Erhöhung um 1,7 Stellen, unbefristet.

## **Abstimmung**

Antrag Stadtrat 0 Stimmen

Antrag GPK 10 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

Enthaltung 4

## Schlussabstimmung:

Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag der GPK auf Stellenerhöhung um 170% zu.

## Mitteilung an

Stadtpräsidium

Bau-Werkreferat

Finanzreferat

Sozialreferat

Sicherheitsreferat

Stadtschreiber

Bereichsleiter Bau

Bereichsleiter Finanzen

Bereichsleiterin Soziales

Stadtkanzlei

Ablage

## FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag

02.25.005

4. Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. November 2014 Voranschlag und Steuerfuss 2015: Beratung und Genehmigung

Beat Hug, Finanzreferent, möchte sich kurz halten. Nach zähem Ringen und mit verschiedenen Massnahmen konnte der Stadtrat ein ziemlich ausgeglichenes Budget erreichen. Die Fr. 500 mit einem kleinen Streubereich sind eine sogenannte schwarze Null. Die Investitionen wurden heruntergefahren, dazu sind sie fast gezwungen, und gehen auf 1,5 Mio. Fr. zurück. Der Selbstfinanzierungrad liegt bei 52,4% und auf dem Kapitalkonto hat es schöne Reserven, die wie im Finanzplan ersichtlich, zur Überbrückung eines Defizits reichen und zu einer roten Null führen werden.

Bis anhin konnte immer eine grosse Budgettreue der gesamten Verwaltung festgestellt werden und sie sind auch künftig darauf angewiesen, dass die Budgets eingehalten werden, da keine Luft mehr vorhanden ist. Durch sofortige Anpassungen muss auch in Zukunft vermieden werden, dass das Budget total aus dem Rahmen läuft.

Der Stadtrat hofft, dass der Einwohnerrat dem Budget so zustimmen kann.

**Urs Weibel, GPK Präsident**, würdigt die Bemühungen des Stadtrates und der Verwaltung, ein ausgeglichenes Budget 2015 vorzulegen und wird dieses auch unterstützen.

Nach wie vor liegen zahlreiche Gebührenreglemente und -Verordnungen noch nicht oder erst im Entwurf vor. Gebührenreglemente, die der GPK immer wieder versprochen worden sind und durch die Mehrausgaben finanziert werden sollen. Diese Reglemente liegen noch nicht definitiv vor und es ist nicht hundertprozentig sicher, dass diese dann auch so durchgehen werden. Beat Hug hat gegenüber der GPK klar festgehalten, dass zuerst diese Reglemente in Kraft gesetzt werden, bevor Mehrausgaben gemacht werden. Diese Haltung unterstützt die GPK vollumfänglich.

Die Bildung war bereits beim Finanzplan ein Thema und ist es auch dieses Jahr, wenn man sieht, wie sich die Kosten entwickeln. Die Kostensteigerung ist zwar mit dem vermehrten Unterhalt, der zusätzlichen Abwarts-Stelle HOGA-Halle und der zusätzlichen Unterstufen-Klasse sehr gut begründet, trotzdem ist die GPK der Meinung, dass auch im Bildungsbereich genau hingeschaut werden muss und das pädagogische Angebot in den Schulen Stein am Rhein vom Kindergarten bis zur Oberstufe immer auch aus der finanziellen Optik geprüft werden muss.

Beim Sorgenkind Wärmeverbund ist eine Tarifanpassung nötig, damit man endlich auch hier auf einen grünen Zweig kommt. Damit ein Schuldenabbau und mittelfristig auch Rückstellung gemacht werden können für eine mögliche Sanierung der Anlage, die auch einmal anstehen wird.

Die GPK bedankt sich bei allen Beteiligten, Stadtrat und Verwaltung, für die geleistete Arbeit und die offen geführten Diskussionen. Er möchte es trotzdem nicht unterlassen, zu erwähnen, dass es der GPK im vergangenen Jahr nicht immer ganz leicht gefallen ist und sie sich nicht immer wohl gefühlt haben. Auch eine Legislativ-Reform muss wieder einmal angeschaut werden, sind die Massnahmen, die in diesem Bereich getroffen wurden richtig und sinnvoll. Sie stellen auch eine wachsende Unzufriedenheit fest, zum Teil Frustration, die dann in Gehässigkeiten ausartet. Schnittstellen funktionieren nicht sauber und die verschiedenen Bereiche greifen nicht sauber ineinander. Darauf sollte der Fokus im nächsten Jahr auch gelegt werden, damit man wieder mit einer guten Streitkultur in Stein am Rhein politisieren kann.

#### Eintreten

Christian Flück, Pro Stein, findet, dass es stark spürbar ist, welche Anstrengungen von Verwaltung und Stadtrat für ein ausgeglichenes Budget unternommen worden sind. Das heisst, es wurde versucht und ist gelungen, das Kostenwachstum der gebundenen Ausgaben in engen Grenzen zu halten. Für das kommende Jahr wird dem Einwohnerrat beantragt, das Budget und den bestehenden Steuerfuss von 95% zu genehmigen. Die bürgerliche Fraktion anerkennt die vom Stadtrat verantwortungsvoll geführte Budgetierung und verdankt diese Anstrengung an dieser Stelle. Es wird in der Detailberatung noch zu Fragen oder Anträgen kommen, aber die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Irene Gruhler Heinzer, SP, dankt dem Stadtrat und den zuständigen Stellen für die Erstellung des Kostenvoranschlags 2015. Auch sie schätzen die Bestrebungen, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen und danken besonders für die ausführlichen Beschreibungen zu den einzelnen Konten. Sie werden in der Detailberatung noch Stellung dazu nehmen und sind für Eintreten.

## Detailberatung

Seite 3

Irene Gruhler Heinzer, SP, erlaubt sich zum Parkplatzfonds im Namen der Fraktion eine kurze Bemerkung. Die Verwendung der Gelder aus dem Parkplatzfonds ist entsprechend dem Reglement vorgesehen. Wie man bereits in den letzten Jahren im Voranschlag lesen konnte, belasten die Planungskosten der abgelehnten Parkhausvorlage Untertor immer noch den Parkplatzfonds mit rund Fr. 48'000. Dies sollte jedes Jahr um 10% abnehmen. Wie man der Rechnung 2013 entnehmen kann, ist der Stand des Kontos null Franken. Also decken die Einnahmen die reglementierten Ausgaben.

An dieser Stelle möchte sie die Verwunderung der Fraktion ausdrücken über einen Leserbrief des Baureferenten Markus Oderbolz, der am 25.11.14 in den Schaffhauser Nachrichten erschienen ist. Er hat dort einerseits die Fraktion angegriffen, da sie bezweifeln, dass der oben genannte Fonds das Parkhaus finanzieren könnte und die Gemeinderechnung nicht belastet würde. Der Fonds, der momentan einen reglementarisch vorgelegten Verwendungszweck hat und notabene einen Kontostand von null Franken aufweist. Wie soll dieser Fonds momentan die Planung und den Bau von irgendwelchen Projekten finanzieren. Sie sind keine Baufachleute, wie der Baureferent ihnen das vorwirft, aber sie sind vom Volk gewählt und scheinen das Vertrauen zu besitzen, in diesem Parlament die Interessen eines grossen Teils der Bevölkerung zu vertreten. Paradoxerweise hat der gleiche Baureferent als Mitglied des Stadtrates an der Einwohnerratssitzung vom 21. August die Parkhausinitiative zur Ablehnung empfohlen. Dies ist ein eigenartiges Vorgehen für eine Kollegialbehörde wie es der Stadtrat ist. Das passt irgendwie auch nicht ganz zusammen mit ihrem Demokratieverständnis.

Sie wünschen sich zum Wohle von Stein am Rhein und auch ihm Sinne, wie es ihr Kollege bereits vorher gesagt hat, eine gute Zusammenarbeit und Kooperation zwischen dem Einwohnerrat und dem Stadtrat und auch innerhalb des Stadtrates. Solche Aussagen und öffentliche Angriffe befremden und erstaunen sie.

Markus Oderbolz, Baureferent, möchte entgegnen, dass es ihm einzig und alleine darum ging, dass der wahre Sachverhalt kommuniziert wird. Es hat eine Priorisierung in diesem Parkplatzfonds und dort haben die Themen, bei denen es um die Parkierung geht, Vorrang. Und bis jetzt, und dies wurde nicht so formuliert, ist kein Franken Steuergeld für das Thema Parkieren benutzt worden, sondern es wurde alles aus dem Parkplatzfonds bezahlt.

René Schäffeler, FDP, ist grundsätzlich sehr erfreut über das ausgeglichene Budget. Er möchte es aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass nach wie vor gewisse Kosten sehr stark wachsen. Wir sind in einem Umfeld, in dem die Wirtschaft wenig wächst, es keine Inflation gibt und wir haben einen Sachaufwand von 4,5 % und Personalkosten, die ohne Teuerungsausgleich um 2,5% wachsen. Wenn die Wachstumsraten in Zukunft so weitergehen, wird man Probleme bekommen.

Seite 14, 025 Verwaltung Hochbau, 301.00 + 301.11 Besoldung/-verrechnungen Peter Spescha, SP, bezieht sich auf diesen Punkt, welcher sich aber durch das ganze Budget zieht. Es handelt sich um die Besoldung im Hochbau und die Verrechnung an andere Abteilungen durch die Verwaltung Hochbau. Er hat etwas Mühe damit. Wie gesagt, zieht sich dies durch das ganze Budget, dass die Verwaltung Hochbau den anderen Abteilungen Dienstleistungen verrechnet, die anderen Abteilungen, die sicher auch etwas für den Hochbau leisten, nichts zurückverrechnen können. Ihn dünkt dies eine einseitige Sache. Alle geben den anderen Dienstleistungen und nur eine Abteilung verrechnet dies. Kann dieses Vorgehen begründet werden?

Beat Hug, Finanzreferent, erklärt, dass sie mit diesen Verrechnungen Neuland betreten. Gewisse Verrechnungen wurden immer vorgenommen und zwar immer dort, wo etwas gebührenfinanziert wurde oder für einen Verband. Der Stadtrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die dieses Vorgehen auf alle Verwaltungsabteilungen ausweiten wird. Sie werden auch einen externen Fachmann, der dies bereits für andere Gemeinden gemacht hat, beiziehen, damit eine Kostentransparenz erreicht werden kann. Damit der Bürger danach genau weiss, welche Leistungen welcher Bereich bezogen hat. Das Fernziel ist, dass für alle Verwaltungsabteilungen ein Schlüssel festgelegt werden kann.

Peter Spescha findet das Vorgehen aber einseitig und die Zahlen werden verfälscht.

**Beat Hug** entgegnet, dass die grössten Leistungen vom Baubereich erbracht werden. Es finden relativ grosse Sanierungsarbeiten statt, die teilweise durch die Windler-Stiftung unterstützt, die intern begleitet werden müssen und die Kosten logischerweise verrechnet werden.

Markus Oderbolz informiert, dass diese Verrechnungen von Leistungen intern auch in anderen Bereichen stattfinden. Es wurde schon von anderer Seite gefordert, dass die Zuweisungen gemacht werden. So werden z.B. auch dem Altersheim Fr. 20'000 für die Rechnungsführung belastet. Dies zieht sich durch den Voranschlag und findet auch in der Rechnung statt. Es ist so, dass gelernt werden muss, dass Leistungen, die erbracht werden, z.B. auch für Themen in der Investitionsrechnung, nicht direkt abgeschrieben werden, sondern ins Projekt gehören. Wenn ein Bauherrenvertreter angestellt wird, dann wird dies über die Investitionsrechnung abgeschrieben und Verrechnungen für Leistungen, die explizit für Projekte erbracht werden, müssen den Projektkosten weiterverrechnet werden.

Rolf Oster findet es gut, dass Projektkosten so aufgerechnet werden, aber es gibt verschiedene andere Punkte. Ernst Böhni hat es gerade im Zusammenhang mit dem Thema Sicherheit erwähnt, dass der Stadtschreiber immer wieder beigezogen wird bei Tätigkeiten im Zusammenhang mit Sicherheit. Er findet es komisch, wenn man beginnt solche Rechnungen aufzustellen, denn dies ist eigentlich Geld, das man nicht hat und es generiert einen Aufwand. Die Kostenrechnungen und die Transparenz werden leicht zu einem Papiertiger und nützen niemandem.

René Schäffeler verweist auf die vorherige Abstimmung bezüglich Stellenplananpassung, diese wird jetzt nicht so umgesetzt wie im Voranschlag vorgesehen und muss angepasst werden.

**Cornelia Dean** geht davon aus, dass es sich bei der Weiterverrechnung nur um Personalkosten und nicht um Sachkosten handelt.

Beat Hug bestätigt, dass dies momentan so ist, später sollte aber das Benchmarking gemacht werden, damit auch Infrastruktur etc. weiterverrechnet werden können. Dies ist dort wichtig, wo das ganze Gebäude finanziert wird. Auch dort hat man nur eine Kostenschätzung gemacht und es ist sinnvoll, wenn man über die Bücher geht. Sie werden dies sicher pragmatisch angehen und nicht all zu tief ins Detail gehen, denn es bringt dann wirklich nichts, wenn man sich gegenseitig Kosten zuschiebt. Es muss eine sauber, nachvollziehbare Lösung gefunden werden, sonst bringt es nichts.

Irene Gruhler Heinzer findet diese Querverrechnungen etwas schwierig. Es sieht jetzt aus, wenn man die Zahlen mit der Rechnung 2013 vergleicht, die Fr. 286'721.15 aufweist, wie wenn der Aufwand abgenommen hätte. Wenn man es jetzt aber zusammenrechnet die Fr. 239'000, dazu den Abzug aufrechnet plus die 2x Fr. 60'000, die an das Tiefbauamt und die Feuerpolizei verrechnet wurden, kommt man auf einen Endbetrag von Fr. 377'000.-. Das sieht dann einfach etwas anders aus, der Aufwand nimmt schon zu, dies möchte sie einfach festhalten.

**Beat Hug** verweist beim Anstieg auf die zusätzlichen Stellen, die eingerechnet wurden. Es wird aber sowieso eine Korrektur geben, da mit einer Stelle weniger nicht alles so verrechnet werden kann, wie geplant.

Irene Gruhler Heinzers Befürchtungen mit diesen Querverrechnungen sind, dass dies zu einer Wasserkopf-Verwaltung führen kann. Diese Querverrechnungen führen auch zu einem Aufwand.

Markus Oderbolz möchte doch noch etwas entgegnen. Er glaubt, sie würden einen Fehler machen, denn darin enthalten sind Budgetpositionen, die anschliessend durch Dritte getragen werden. Den gleichen Vorwurf müssten sie hören, wenn sie ihre Leistungen nicht in das Projekt einrechnen würden. Sie haben offen und transparent wie fast niemand dargestellt, wo diese Leistungen vergütet werden können und es hat sehr viele Positionen enthalten, die rechtlich dorthin gehören. Die Wasserversorgung wird über die Wasserrechnung bezahlt, diese Leistungen müssen dort verrechnet werden. Das Gleiche ist mit dem Wärmeverbund oder Sanierungsarbeiten, die durch Dritte bezahlt werden. Er bittet wohlwollend anzuerkennen, dass sie damit versuchen, die laufende Rechnung zu entlasten.

**Rolf Oster** möchte wissen, was bei der Wasserversorgung quer verrechnet wird, was sind die Fr. 37'000 für Aufgaben, die die Bauverwaltung macht?

**Markus Oderbolz** informiert, dass die Bauverwaltung die gesamte Administration erledigt. Alles was mit den Wasserprojekten zu tun hat etc., läuft alles über die Bauverwaltung. Dies wurde früher nicht weiter verrechnet.

Rolf Oster fragt nach, dass es sich dabei um die Projektarbeit handelt und nicht um den Betrieb.

Markus Oderbolz bestätigt das und dass der Betrieb über das Bauamt abgedeckt ist.

Seite 22, 140 Feuerwehr, 352.00 Gemeindebeitrag an Feuerwehrverband René Schäffeler, FDP, möchte eine Ergänzung im Sinne eines Antrags anbringen.

Aus ihrer Sicht muss dieser Gemeindebeitrag unter folgenden Vorbehalt gestellt werden: "Der Betriebsbeitrag an den Feuerwehrverband Stein am Rhein – Hemishofen gilt erst als bewilligt, wenn der Einwohnerrat der entsprechenden Vorlage zugestimmt hat."

Über den Feuerwehrverband wurde noch nicht abgestimmt und die Vorlage kommt erst noch in den Einwohnerrat.

**Stephan Brügel, Stadtschreiber,** schlägt vor, dies im Text zu ergänzen. Es kann kein Verband ohne Zustimmung des Einwohnerrates gegründet werden.

Seite 32, 330 Öffentliche Anlagen und Wanderwege, 314.03 Öffentliche Brunnen Jörg Derrer, SP, möchte sich dafür bedanken, dass am Obertor etwas diesbezüglich passiert.

Seite 34, 342 Kleinschifffahrt, 314.00 Unterhalt Einrichtungen

Gian Luca Marchetto, SVP, möchte eine Erklärung zur Investition von Fr. 9'500.-

**Markus Oderbolz** verweist auf die Begründungen im Text. Es sind ausserordentliche Ausgaben, die man gemacht hat. Gemäss einer Überprüfung durch das BfU müssen die Stege saniert werden und dies sind die Massnahmen bezüglich der Sicherheitsaspekte.

**Werner Käser, FDP**, freut sich, dass für die Kleinschifffahrt etwas aufgewendet wird. Er möchte darauf hinweisen, dass die Motion Moll damit noch keinesfalls erledigt ist, diese ist weiterhin pendent.

Seite 36, 442 Spitex Bezirk Stein, 301.00 Besoldungen

**Gian Luca Marchetto** ist die Position mit Fr. 349'000 aufgefallen. In der Rechnung 2013 steht noch ein Betrag von Fr. 296'000, dies ist doch ein gewaltiger Anstieg. Klar steht im Text die Begründung, aber was ist der Grund dafür?

Heidi Schilling, Sozialreferentin, hält fest, dass es dabei um einen Fr. 43'000 höheren Besoldungsaufwand geht. Die Spitex verfügt über 520 Stellenprozente und die um Fr. 43'000 höheren Besoldungsaufwand setzt sich zusammen aus einem Mehraufwand für die Hauswirtschaftlichen Leistungen, die man bisher über das Personal vom Alters- und Pflegeheim erbringen konnte und künftig wird dies bei der Spitex als Lohnaufwand anfallen, dies sind Fr. 20'000. Dann Fr. 14'000 für Pflegeleistungen; im laufenden Jahr wurden die budgetierten Pflegeleistungen um rund 15% übertroffen und diese Leistungen müssen auch im nächsten Jahr erbracht werden. Dies wirkt sich natürlich auch auf den Besoldungsaufwand aus, der budgetierte Mehraufwand entspricht 250 Pflegestunden. Fr. 8'000 sind für den Abbau der Überstunden der Spitexleiterin. Diese hat im Zusammenhang mit dem Aufbau der Spitexstelle 200 Überstunden gehabt, diese müssen abgebaut werden und die Arbeit durch anderes Pflegepersonal geleistet. Dann gibt es noch Fr. 1'000 Mehraufwand aufgrund von ordentlichem Stufenanstieg, der auch immer anfällt. Dies ergibt zusammen die Fr. 43'000.

**Gian Luca Marchetto** verweist auf die verabschiedete Rechnung 2013, dort steht unter derselben Position: "die gerechneten Lohnkosten konnten eingehalten werden, dies war dank einer straffen Führung und Kontrolle der Tätigkeiten möglich. Es ergab sich eine Reduktion um rund 10% gegenüber dem Vorjahr". In dieser Begründung steht: "einerseits muss der operativen Leitung mehr Zeit im Backoffice zur Verfügung gestellt werden" das geht für ihn nicht auf.

**Heidi Schilling** erklärt, dass mittlerweile auch mehr Leistungen erbracht werden, dies verändert sich laufend.

René Schäffeler bezieht sich auf eine Aussage von Beat Hug, dass in der Spitex eine zusätzliche Stelle in der Hauswirtschaft geschaffen worden sei. Ist dies eine Stelle aus dem Stellenplan, die bewilligt worden ist.

**Beat Hug** antwortet auch im Zusammenhang mit der gestellten Frage an Heidi Schilling. Es müssen mehr Leistungen erbracht werden, es hat mehr Pflegebedürftige, es ist auch im Ertrag mehr budgetiert bei den Pflegebeiträgen, dies ist eine Realitätsanpassung. In der Rechnung 2013 waren es Fr. 165'000, beim Budget 2014 ist die Rechnung noch nicht vorgelegen, deshalb ist man noch von Fr. 140'000 ausgegangen. Es ist logisch, dass wenn mehr Leistungen erbracht werden, auch mehr Personalkosten entstehen. Man kann ja nicht mit dem gleichen Personal mehr Leistung erbringen und mehr verrechnen.

René Schäffeler möchte wissen, ob es sich um eine Stelleplanerweiterung handelt, die im Stellenplan angepasst worden ist.

Martin Furger erklärt, dass es sich um eine Neubesetzung infolge Pensionierung handelt.

Seite 42, 570 Alters- und Pflegeheim, 301.00 Besoldungen

Claudio Dellagiacoma, FDP, stellt einen Lohnkostenanstieg von Fr. 75'400 fest. Die Zahlen basieren auf einer Hochrechnung und er möchte gerne wissen, was die Basis für diese Hochrechnung ist.

Beat Hug erklärt, dass der gesamte Besoldungsaufwand 2014 um rund Fr. 50'000 überschritten werden wird. Sie haben die aktuellsten Zahlen für die Hochrechnung genommen, der Budgetprozess beginnt aber bereits im Mai und im Juni sieht der Stadtrat bereits zum ersten Mal diese Zahlen. Es ist ziemlich schwierig und die Realitätsanpassung muss jeweils vorgenommen werden. Die Zahlen wurden so genau wie möglich zum Zeitpunkt der Budgetierung verwendet.

Seite 44, 570 Alters- und Pflegeheim, 311.01 Mobiliar, Geräte, Hausrat

**Gian Luca Marchetto** verweist auf den dazugehörigen Text: " Der normale Grundbedarf (WC-Papier, Geschirr, Reinigungsmaterial, Hygieneartikel, etc.) wurde mit Fr. 35'500 veranschlagt. Dazu kommen neue Staubsauger (Fr. 10'000). Kann ihm jemand sagen, wie viele Staubsauger dies sind?

Heidi Schilling kann diese Frage nicht beantworten.

Gian Luca Marchetto dankt für diese Antwort, die alle Anwesenden gehört haben. Neue Staubsauger für Fr. 10'000! Letztes Jahr wurde Geschirr von Fr. 42'000 bewilligt und er war jetzt einige Mal im Altersheim bei seinem Vater und er hat nicht den Eindruck, dass dort eine Tellerparty stattfindet und immer wieder Geschirr zerschlagen wird. Dies sind so Positionen, die er viel lieber etwas detaillierter hätte. Anzahl Staubsauger? Kosten: Fr. 10'000. Und niemand kann ihm beantworten, wie viele. Er hat nachgeschaut, wie viel so ein Industriestaubsauger kostet, der Betrag liegt um Fr. 800. Mit diesem Geld kann man noch vieles machen und es nimmt ihn Wunder, er macht dann ein Foto von diesen Staubsaugern.

**Heidi Schilling** erklärt, dass sie diesbezüglich beim Betriebsleiter rückfragen muss. Sie haben eine verantwortliche Person, die für den Unterhalt zuständig ist und die Verantwortung für die Reinigung hat, sie kann dort nachfragen und Gian Luca Marchetto dann informieren.

**Gian Luca Marchetto** findet, dass doch damit gerechnet werden muss, dass diese Frage gestellt wird.

**Heidi Schilling** verweist auf die Erwähnung im Text. Wenn dazu mehr Details gewünscht werden, kann sie beim Betriebsleiter nachfragen und dies nachliefern. Es tut ihr leid, dass sie diese Frage im Moment nicht beantworten kann.

Seite 46, 570 Alters- und Pflegeheim, 380.00 Einlage in Ausgleichsreserve

René Schäffeler verweist auf das Thema Alters- und Pflegeheimrechnung, welches schon mehrfach diskutiert wurde. Er geht davon aus, dass der Stadtrat bis jetzt noch in keiner Form Rückstellungen gebildet hat, bezüglich Rekurs gegen die geltenden Heimtarife.

Die bürgerliche Fraktion möchte deshalb folgenden Antrag stellen:

"Die Einlage in die Ausgleichsreserve in Höhe von Fr. 102'300 ist zu streichen und stattdessen eine Rückstellung für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen an Pensionäre in gleicher Höhe zu bilden."

Heidi Schilling, Sozialreferentin, möchte dazu Stellung nehmen. Es gibt eine Leistungsvereinbarung vom 10. August 2011. Diese verpflichtet das Alters- und Pflegeheim dazu, kostendeckende Tarife zu verrechnen und eine ausgeglichene Betriebsrechnung zu führen. Diese Vorgabe kann nur mit einer genügenden Schwankungsreserve erreicht werden. Der Verzicht auf die Bildung einer solchen Schwankungsreserve würde zu einem Überschuss in der Betriebsrechnung des Alters- und Pflegeheims führen, welche im Folgejahr zur Hälfte mit den Kantonsbeiträgen verrechnet würde. Gemäss der vom Einwohnerrat bewilligten Vorlage zur baulichen Erweiterung und Instandhaltung des Alters- und Pflegeheim fallen 2017 Abschreibungen und Zinsen von rund Fr. 170'000 an, welche auch wieder über die ordentliche Betriebsrechnung finanziert werden müssen. Dies ist nur möglich, wenn dafür auch genügend Reserven vorhanden sind. Ohne Reserven führen diese Abschreibungen und Zinsen ab 2017 zu einem Defizit in der Betriebsrechnung des Alters- und Pflegeheims. Dieses Defizit müsste dann zulasten der Gemeinderechnung mit Steuern finanziert werden. An diesem Defizit beteiligt sich der Kanton Schaffhausen voraussichtlich nicht mehr, dies hat zu tun mit dem kantonalen Entlastungprogramm EP14. Der Ausschluss von Zinsen und Abschreibungen bei der Berechnung des Kantonsbeitrags ist in Zukunft vorgesehen. Sie möchte beliebt machen, die Einlage von Fr. 102'300 stehen zu lassen als eine Ausgleichsreserve, die durchaus Sinn macht.

Antrag bürgerliche Fraktion zu Position 570 Alters- und Pflegeheim, 380.00 Einlage in Ausgleichsreserve

Die Einlage in die Ausgleichsreserve in Höhe von Fr. 102'300 ist zu streichen und stattdessen eine Rückstellung für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen an Pensionäre in gleicher Höhe zu bilden.

Dem Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Seite 52, 620 Strassen, 314.06 Unterhalt WC-Anlagen

**Peter Spescha, SP,** weist darauf hin, dass Gäste, die mit Velo, Auto oder Bus am Untertor ankommen einen ersten Eindruck von Stein am Rhein erhalten, wenn sie am WC-Häuschen vorbei gehen und es aus dem Männer-WC stinkt. Sind dort irgendwelche Erneuerungen vorgesehen in den Fr. 72'000?

Markus Oderbolz, Baureferent, erklärt, dass es sich bei diesem Betrag um den normalen Unterhalt handelt. Es ist nicht vorgesehen, dass baulich etwas gemacht wird, die Situation ist schon über Jahre so. Er nimmt dies gerne auf und wird versuchen, auf die eine oder andere Art eine Lösung zu präsentieren.

Seite 58, 720 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung, 314.01 Kompostierplatz, Text Seite 59 Cornelia Dean, SP, möchte wissen, wann mit dem erwähnten Konzept gerechnet werden kann und ob man schon weiss, in welche Richtung es gehen wird.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, antwortet, dass dies mit dem Entsorgungsverband zu tun hat. An der Delegiertenversammlung vor 3 Wochen wurde bestimmt, dass der Anschluss des Verbandes an den KVA Weinfelden/Thurgau weiter verfolgt wird und Ziel ist es, dies 2016 umzusetzen und in einem weiteren Schritt bezüglich Grüngut etc. eine gute Lösung für die Bürgerinnen und Bürger zu finden.

Seite 66, 860 Wärmeverbund, 435.00 Einspeisevergütung, Text Seite 67

René Schäffeler, FDP, weist darauf hin, dass im Finanzplan von 1 ½ Rappen Erhöhung gesprochen wird, hier von 10 auf 11 Rappen. Er geht davon aus, dass dies noch angepasst wird.

Beat Hug, Finanzreferent, bestätigt dies.

## Investitionsrechnung

Seite 76, 090 Verwaltungsgebäude, 504.00 Rathaussanierung

Peter Spescha, SP, hätte nicht erwartet, dass dort eine Null steht, sondern dass dort mindestens ein Planungskredit stehen würde. Ist die Rathaussanierung nicht mehr aktuell?

**Beat Hug, Finanzreferent,** verweist auf den aufgezeigten Finanzplan. Sie wissen, dass im Rathaus etwas gemacht werden muss, die Situation ist sehr schlecht. Es sind keine geeigneten Plätze für die Auszubildenden vorhanden. Sie haben Probleme und wollen zeigen, dass sie gewillt sind, etwas zu machen, aber die nötige Finanzierung ist nicht vorhanden. Es kann kein Projekt mehr in Angriff genommen werden, wenn die Finanzierung nicht sichergestellt ist. Sobald die Finanzierung vorhanden ist, werden sie mit einer Vorlage in den Einwohnerrat kommen.

Seite 82, 330 Öffentliche Anlagen und Wanderwege, 503.01 Kinderspielplatz

**Werner Käser, FDP,** hat einmal irgendwo gehört, dass pro Jahr 2% als Unterhalt einer solchen Anlage gerechnet werden sollte. Ist dies richtig? Der Spielplatz wurde 2002 für Fr. 260'000 erstellt, 2% Rückstellungen wären Fr. 5'200 mal 12 Jahre gäbe Fr. 62'400. Jetzt steht hier ein Betrag von Fr. 260'000. Kann jemand dazu eine Erklärung geben?

Markus Oderbolz, Baureferent, erklärt, dass eine Sicherheitsüberprüfung gemacht werden musste. Dabei hat sich leider herausgestellt, dass der Zustand und vor allem die Sicherheitsvorgaben des Spielplatzes fast nicht mehr aufrechterhalten werden können. Deshalb wird dies so präsentiert und eine entsprechende Vorlage wird folgen. Es wird so sein, dass sehr viele der Teile, die zwar noch nicht so alt sind, aber aus Holz und mit Nägeln und Schrauben befestigt, ersetzt werden müssen.

Seite 84, 570 Alters- und Pflegeheim, 503.10 Bauliche Erweiterung und Verbesserung Cornelia Dean, SP, erinnert daran, dass im Mai 2014 der Erweiterung und Renovation des Altersheims zugestimmt worden ist, dies ist der Volkswille. Es wurden dafür 7 Mio. Fr. bewilligt und im Voranschlag 2015 sind nur Fr. 100'000 drin. Warum ist nicht mehr im Budget und warum geht es diesbezüglich nicht vorwärts? Wenn dieses Jahr nichts passiert, kann eigentlich erst im 2016 angefangen werden, das wären 20 Monate nach der Abstimmung.

**Markus Oderbolz, Baureferent**, hat die Vorlage gerade offen vor sich. In der Vorlage hat es einen Zeitplan und das nächste Jahr wird für die Planungsarbeiten benötigt. Der grosse Teil an Investitionen kommt erst danach im 2016 und 2017. Das ist gemäss den Angaben, die die Planer ihnen zur Verfügung gestellt haben.

**Cornelia Dean** folgert, dass die Planungskosten die Fr. 100'000 sind. Auf Seite 15 sind bei der Bauverwaltung Fr. 1'300 enthalten für das Altersheim, was eigentlich nicht viel ist.

Markus Oderbolz erklärt, dass dies die Sitzungen, Begleitungen, Unterlagen sind. Sie sind jetzt daran, einen Bauherrenvertreter zu bestimmen, welcher das ganze Projekt begleitet. Deshalb sind die Kosten noch nicht so hoch.

**Peter Spescha** ist sich im Klaren, dass das Projekt Altersheim nicht mit dem Strandbad verglichen werden kann. Sollte das Projekt Strandbad bewilligt werden, wird dies im Frühling fertig sein. Er hat das Gefühl, dass da die Prioritäten etwas anders sind. Es kann nicht sein, dass ein Projekt, über das vor einem halben Jahr abgestimmt wurde, erst 1 ½ Jahre später kommt und man über etwas, das nicht einmal bewilligt ist, schon weiss, dass es im Frühling fertig ist.

Markus Oderbolz glaubt, dass alle relevanten Daten in der Vorlage enthalten und dem Einwohnerrat zur Verfügung gestellt worden sind. Es gibt einen Fahrplan und dieser beinhaltet verschiedene Planeraufträge personeller Art und die Generalplanung. Die Evaluation des Bauherrenvertreters ist immer eine Sache der zur Verfügung stehenden Ressourcen und wenn diese nicht zur Verfügung stehen, brauchen sie leider etwas länger oder müssen diese organisieren. Vorher wurde entschieden, wie viele Ressourcen die Bauverwaltung braucht und dies wird Konsequenzen haben, die sich auch im Voranschlag widerspiegeln werden.

**Cornelia Dean** kommt nochmals auf die budgetierten Fr. 1'300 von Seite 15 zurück. Man ging dabei ja davon aus, dass mehr Ressourcen zur Verfügung stehen.

**Markus Oderbolz** muss sich wiederholen. Dies sind Leistungen, die ihnen durch die Architekten aufgezeigt wurden, das sind die Kosten der Fr. 100'000. Die Details können durch ihn gerne abgegeben werden.

**Cornelia Dean** bezieht sich auf die Aussage, dass die Ressourcen nicht vorhanden seien.

**Markus Oderbolz** weist darauf hin, dass dies bei einem üblichen Stundenansatz nicht viel ist. Dies ist aber auch nicht nötig, da der Bauherrenvertreter und die entsprechenden Planer bestimmt werden.

Seite 82, 340 Strandbad und Badeanstalt Espi, 503.00 Sanierung

Ruedi Vetterli, parteilos, erinnert an die Aussagen, dass die Familien vom ehemaligen Strandbad ins Espi ausweichen können. Wenn er sich vorstellt, dass dann tatsächlich alle dorthin gehen, müsste man auch Investitionen ins Auge fassen. Vielleicht braucht es dann auch ein Behinderten-WC, die Sitzplätze des Restaurants werden nicht reichen, die Küche müsste vergrössert werden, Umkleidekabinen, Toiletten. Es erstaunt, dass diesbezüglich für das Espi nichts vorgesehen ist.

Markus Oderbolz, Baureferent, weiss, dass das Espi eine blühende Badeanstalt ist, was mit der Bademeisterin zusammenhängt, die das sehr gut macht und viele Leute anzieht. Es ist aber nicht die Meinung, dass mit dem neuen Konzept im Strandbad dann wirklich alle ins Espi wechseln, sondern vielleicht gibt es auch im Riipark eine Lösung, die sehr attraktiv wird. Sie wissen, dass das Espi sehr stark frequentiert ist und in Absprache mit der Bademeisterin sind auch immer bauliche Anpassungen gemacht worden, mit denen die schon lange anstehenden Investitionen überbrückt werden können zum Wohle der Finanzen.

Ruedi Vetterli glaubt dies gerne, aber er fragt sich, wieso nichts vorgesehen ist. Zudem ist es ja nicht seine Idee, dass alle ins Espi müssen, sondern das war die Antwort auf die Frage, was mit jenen passiert, die eine Aufsicht brauchen, die vielleicht doch auf ein Sprungbrett stehen möchten etc. Immer kam die Antwort, das Espi ist dann für Familien mit kleinen Kindern, das ist eingezäunt, das ist überblickbar, da ist die Gefahr viel klei-

ner, da passiert viel weniger. Wenn alle Familien dann ins Espi gehen, reicht die Infrastruktur nicht aus, das ist vorhersehbar. Deshalb wäre es schön gewesen, wenn diesbezüglich schon ausgewiesen worden wäre, wie dies finanziert werden soll.

Markus Oderbolz nimmt die Anregungen sehr gerne entgegen. Von der Finanzierung her sind ihnen aber die Hände gebunden. Sie können gerne etwas aufnehmen und vorlegen, aber der Betrieb funktioniert dort momentan und sie hoffen, dass es keine Veränderung gibt. Sie schätzen, dass es beim Espi sehr viele Leute hat und sie hoffen, dass sich auch im Strandbad bzw. Riipark dann viele Gäste aufhalten werden.

Seite 92, 942 Liegenschaften des Finanzvermögens, 500.06 Villa Irmiger Rückbau **Peter Spescha, SP,** möchte wissen, was die Überlegungen sind, die Villa Irmiger zurückzubauen.

Beat Hug, Finanzreferent, erklärt, dass die Villa Irmiger infolge ihres Zustandes nicht mehr vermietbar ist. Es sind keine guten sanitären Einrichtungen vorhanden, die Küche ist quasi nicht mehr benutzbar. Es gibt ein Sicherheitsrisiko, das Haus ist nicht mehr bewohnt und der Stadtrat hat beschlossen, dass das Haus zurückgebaut wird, damit nicht weitere Kosten entstehen.

**Peter Spescha** fragt sich, ob nicht etwas vom Bauland entfernt wird, das für einen potentiellen Käufer noch einen Wert hätte?

# Er würde gerne folgenden Antrag stellen:

Die Kosten werden aus dem Budget gestrichen und in eine ausführliche, ordentliche Vorlage umgewandelt.

Werner Käser, FDP, empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Die Liegenschaft ist wirklich nicht mehr bewohnbar und auch wenn ein anderes Bauvorhaben realisiert würde, müsste als erstes die bestehende Baute abgerissen werden. Jetzt ist es einfach gefährlich und er hat an einer früheren Sitzung bereits darauf hingewiesen, dass die Scheiben zerbrochen sind und der Wert ist das Grundstück.

**Cornelia Dean** möchte Peter Spescha unterstützen. Es handelt sich um Fr. 70'000 und es wäre schön, wenn der Einwohnerrat etwas ausführlicher wüsste, was hinter den Fr. 70'000 steckt. Dass eine Vorlage erstellt würde, die diskutiert werden könnte und vielleicht gibt es ja noch andere Argumente. Sie hört jetzt hier die Scheiben sind draussen, mehr wissen sie ja nicht und es ist ein relativ hoher Betrag. Deshalb wäre es schön, wenn man noch mehr Details wüsste.

Markus Oderbolz möchte Auskunft geben. Wie bekannt ist, ist bei einem Rückbau die Entsorgung sehr, sehr kostspielig. Die Investitionen, die getätigt werden müssten, im Gegensatz zu einem Rückbau, sind nicht zu rechtfertigen. Bei solchen Liegenschaften kann man nichts mehr machen. Der grösste Teil der Kosten ist nur Abbruch und Entsorgung und die Ausebnung der Fläche, damit später etwas anderes auf diesem Gebiet realisiert werden kann. Mit den Fr. 70'000 ist dies erst noch kostengünstig.

Beat Hug findet es nicht sinnvoll, wenn für so einen Rückbau eine Vorlage gemacht werden muss. Es bringt nicht viel und das Geld ist nicht verloren. Dies steigert den Landwert, wenn später ein Projekt realisiert werden sollte. Eine Altlast auf dem Grundstück würde den Wert sicher drücken. Sie haben einen gewissen Handlungsspielraum und sind nicht gezwungen, möglichst schnell zu verkaufen. Der Stadtrat sieht es bei einem guten Projekt mit überschaubaren Kosten immer noch als eine prädestinierte Lage für Alterswohnungen.

René Schäffeler, FDP, verweist auf die Problematik im Zusammenhang mit dem ungenügenden Unterhalt über längere Jahre, einem Unterhalt am untersten Limit, den die Stadt betreibt. Im Finanzplan wurde dies weitestgehend thematisiert.

Er möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dies wurde bis jetzt noch nicht erwähnt, dass die Jakob und Emma Windler-Stiftung grosszügigerweise die Instandhaltung des Bürgerasyls und der Burg Hohenklingen zu 100% übernimmt. Dies ist eine äusserst grosszügige Geste der Stiftung. Dies möchte er an dieser Stelle anmerken und auch verdanken.

**Cornelia Dean** vermutet, dass es sich dabei um die Fr. 1,4 Mio. unter Punkt 662.00 handelt. Da mutmasslich steht, sind diese ja noch nicht bewilligt.

**René Schäffler** nimmt an, dass diese noch nicht bewilligt sind. Aber wenn man die Budgetpolitik kennt, geht er davon aus, dass diese mit Sicherheit kommen werden.

**Arthur Cantieni** verweist auf den gestellten Antrag von Peter Spescha, über den noch abgestimmt werden muss. Dies möchte er zuerst erledigen, bevor bereits wieder ein neues Thema diskutiert wird. Gibt es noch Stellungnahmen zu diesem Antrag?

Christoph Frei, Pro Stein, möchte wissen, ob es eine Kostenzusammenstellung gibt, was jährlich investiert werden müsste, um den Bau zu sichern. Die Stadt ist ja verantwortlich, dass nichts passiert und die Liegenschaft gegen unbefugtes Eindringen etc. gesichert ist.

**Markus Oderbolz** kann aus seiner Erfahrung als Architekt sagen, dass es Wassereinbrüche hat und dass so viel investiert werden müsste, dass dies weit über die Fr. 70'000 hinaus gehen würde, um nur eine minimalst bewohnbare Situation zu schaffen. Diese Kostengegenüberstellung haben sie gemacht und der Rückbau ist viel, viel kostengünstiger als nur die minimalsten Renovationen.

**Cornelia Dean** betont, dass es nicht einfach nur um den Rückbau geht, sie sind nicht prinzipiell dagegen. Es geht darum, dass sie gerne eine Vorlage hätten für einen solchen Betrag, damit man weiss, um was es geht, damit man Details hat und auch darüber diskutieren kann. Um mehr geht es nicht, es geht um eine Vorlage.

**Gian Luca Marchetto** erinnert daran, dass er vorher beschmunzelt worden ist, bezüglich der Position dieser Staubsauger. Es ist schon interessant, dass bei dieser Position nicht eingehakt wurde und er diese Investitionen auch gerne im Detail gewusst hätten. Und jetzt wird auf den Fr. 70'000 beharrt.

Irene Gruhler Heinzer findet, dass im Budget einfach keine Vorlage bewilligt werden sollten, darum geht es.

Antrag Peter Spescha zu Seite 92, 942 Liegenschaften des Finanzvermögens, 500.06 Villa Irmiger Rückbau

"Die Kosten von Fr. 70'000 werden aus der Investitionsrechnung gestrichen und in eine ausführliche, ordentliche Vorlage umgewandelt."

#### Beschluss:

Der Antrag wird mit 9 Nein-Stimmen zu 5 Ja- Stimmen abgelehnt.

Seite 92, 942 Liegenschaften des Finanzvermögens, 503.13 Bürgerasyl erweiterte Instandstellung

**Peter Spescha, SP,** findet, dass auch wenn die Jakob und Emma Windler-Stiftung dies zahlt, eine Vorlage angebracht wäre.

Deshalb stellt er den Antrag, dass man diesen Posten streicht.

Markus Oderbolz, Baureferent, teilt mit, dass dieses Thema schon länger erkannt wurde und wie René Schäffeler bereits gesagt hat, ist ein riesiger Handlungsbedarf bei den Immobilien vorhanden. Die finanziellen Möglichkeiten sind nicht vorhanden, um auch nur den dringendsten Unterhalt zu machen. Diese Situation haben sie mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung diskutiert und man hat nach Lösungen gesucht. Diese Lösung ist eine, die für die Jakob und Emma Windler-Stiftung funktionieren könnte. Es wäre nicht klug, hier nun nicht darauf einzutreten, da ansonsten dies durch die Stadt selber getragen werden muss. Diese Zusicherung ist danach nicht mehr vorhanden. Es ist ein Antrag vorbereitet, damit diese Gelder definitiv gesprochen werden und sie können nichts ausgeben, ohne dass eine Gegenverrechnung vorhanden ist, wie es im Voranschlag 2015 abgebildet ist. Es geht auch noch um die Erschliessung des Egli-Areals, dies sind die drei Budgetpositionen, die zusammen die 1,4 Mio. Fr. ergeben.

**Peter Spescha** versteht den Unterschied nicht, ob diese Zahlen hier drin bleiben oder ob nächstes Jahr ein ordentlicher Antrag vorgelegt wird. Man kann dies ja dann genau gleich über die Stiftung laufen lassen.

Markus Oderbolz erklärt, dies könne man sicher, es sei auch möglich einzusehen, was gemacht wird. Wenn eine Vorlage gewünscht wird, kann man sicher darüber abstimmen. Dies sind alles Investitionen, für die bereits Unterlagen und Offerten eingeholt worden sind und Abklärungen getätigt worden sind. Er weist einfach nochmals darauf hin, dass es auch immer ein Problem der vorhandenen Ressourcen ist, da all diese Vorlagen vorbereitet werden müssen. Es ist auch ein wenig eine Sache des Vertrauens und es ist eine nicht ganz einfache Geschichte im Bereich des Unterhalts, wo Gelder zur Verfügung gestellt werden. Er möchte doch beliebt machen, dass dem Stadtrat die Chance gegeben wird, mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung die nötigen Sanierungen und Instandstellungen an den beiden Objekten und mit Unterstützung auch die Erschliessung des Egli-Areals lösen zu können.

Peter Spescha hält an seinem Antrag fest.

**Gian Luca Marchetto** hat in dieser Position vollstes Vertrauen in den Stadtrat. Der Dank geht an die Stiftungsräte bezüglich Unterstützung bei dieser Position.

René Schäffeler schlägt vor, dass man diese Position drin lässt und einen Antrag stellt, dass die Vorlage an den Einwohnerrat gehen muss, so wie es für Position 942 500.05 und 503.12 im Text auch steht. Grundsätzlich muss man etwas, das man plant auch budgetieren. Es könnte der Antrag gestellt werden, dass es analog seinem Antrag bezüglich Feuerwehr, vor den Einwohnerrat muss. Dies wäre sachgerecht. Etwas zu streichen und dann doch in den Einwohnerrat zu bringen, ist nicht Zweck der Budgetierung.

Ruedi Vetterli, parteilos, hat nicht immer Vertrauen in den Stadtrat, aber dennoch würde er es befürworten, wenn dieser Antrag zurückgezogen würde und das Geschäft so schlank wie möglich durchginge, um nicht noch unnötige Arbeit zu schaffen und sich darüber freuen, dass die Instandstellung finanziert wird.

**Peter Spescha** würde seinen Antrag gemäss dem Vorschlag von René Schäffeler wie folgt abändern:

Bei Punkt 503.13 ist der Text mit folgendem Satz zu ergänzen: " Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat zu gegebener Zeit eine detaillierte Kreditvorlage mit Finanzierungsnachweis vorlegen".

Markus Oderbolz verweist auf die detaillierte Auflistung, was die Investition alles beinhalten wird. Wer sich etwas auskennt, weiss haargenau, wo die Mängel sind und diese sind hier alle aufgelistet. Sie können sich aber gerne die Arbeit machen und die Details

nochmals präsentieren, aber dann sitzt man halt nochmals eine halbe Stunde länger zu einem solchen Thema. Er glaubt, dass dies der Verwaltung übertragen werden sollte. Im Budget gibt es ganz viele ähnliche Positionen, die grosse Positionen umfassen, die in einem Beschrieb festgehalten werden. Es richtig, es sind Investitionen und diese sind nicht in der laufenden Rechnung. In der Investitionsrechnung sind sie wegen der Finanzierung.

**Arthur Cantieni** erinnert an die fortgeschrittenen Zeit und die noch anstehenden Geschäfte und er bittet zu versuchen, etwas speditiver voranzukommen.

# Abstimmung über Antrag Peter Spescha

Bei Punkt 503.13 ist der Text mit folgendem Satz zu ergänzen: " Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat zu gegebener Zeit eine detaillierte Kreditvorlage mit Finanzierungsnachweis vorlegen".

#### **Beschluss**

Der Antrag wird mit 8 Nein-Stimmen zu 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

- 1. Dem Voranschlag Laufende Rechnung und Investitionsrechnung wird mit 11 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.
- Dem Antrag, aufgrund des kantonalen Steuergesetzes für das Steuerjahr 2015 eine Gemeindesteuer von 95 Prozent zu erheben, wird mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Die Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Art. 21, lit. a) der Gemeindeverfassung.

#### Mitteilung an

Finanzreferat Stadtschreiber Bereichsleiter Finanzen Stadtkanzlei Ablage

# BAU, Städtische Anlagen, Strandbad

00.20.020

5. Bericht und Antrag des Stadtrates vom 19. November 2014 Sanierung Riipark (ehemals Strandbad): Kreditantrag über Fr. 595'000

Markus Oderbolz, Baureferent, freut sich, im Namen des Stadtrats die Vorlage Sanierung Riipark (ehemals Strandbad) zu unterbreiten. Ausführliche Unterlagen liegen vor und er möchte nicht zu lange in die Details gehen, es wird noch genug Diskussionen geben.

Die Planung wurde 2009 gestartet. Mit verschiedenen Schritten und viel Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern, welche inzwischen total fast Fr. 200'000 betragen, hat man verschiedene Planungsgeldern betragen betrag

nungsvarianten ausgearbeitet. Die erste Variante die 2011 vorlag, hätte Fr. 2.15 Mio. gekostet. Der Stadtrat beschloss dannzumal, dass die Gesamtkosten auf Fr. 600'000 beschränkt werden müssen. Die Arbeitsgruppe hat dann zusammen mit den Planern drei Varianten erarbeitet, bei welcher die günstigste Minimalvariante Fr. 665'000, die Mittelvariante Fr. 890'000 und die Maximalvariante Fr. 1'140'000 betrugen. Dabei wurden der Bau eines Beachvolleyballfeldes und die Renaturierung des Schwemmgrabens separat ausgewiesen.

Im Mai 2012 hat man nochmals eine Variante Mittel in Auftrag gegeben, weil man das gesetzte Ziel von Fr. 600'000 nicht erreicht hatte. Auch da ergab eine Grobkostenschätzung der Variante Mittel einen Investitions-Betrag von Fr. 890'000 für Umbau und Sanierung inkl. Umgebung, für das Beachvolleyballfeld und Renaturierung Schwemmgraben zusätzlich Fr. 195'000. Die Planung wurde zurückgestellt.

In einem nächsten Schritt hat der Stadtrat aufgrund der finanziellen Lage das Betriebskonzept untersucht und festgestellt, dass die Kosten, wenn man das Strandbad mit Bademeister der Sicherheit entsprechend führen will, zum Ruder auslaufen würden. Der Einwohnerrat hat im August 2014 entschieden, dass das Strandbad künftig als Riipark geführt und ein Pächter eingesetzt wird.

Die Grundlagen des Projektes sind auf Seite 2 detailliert beschrieben. Es geht um das Betriebskonzept, welches in Form eines Entwurfes beiliegt. Es handelt sich dabei um ein Arbeitspapier und es wird heute nicht über das Betriebskonzept abgestimmt, sondern nur über den Projektkredit. Beim Konzept geht es darum, dass bei der Suche nach einem Pächter die Grundlagen vorhanden sind um aufzuzeigen, was man mit dem Riipark machen kann und für den Pächter möglich ist.

Weiter liegt eine Beschreibung der Anlagen vor und es wird auch festgehalten, dass im neuen Projekt keine Anlagen ausserhalb, wie sie jeweils in den Arbeitsgruppen geplant waren, realisiert werden können. Dies einfach aus Kostengründen. Es ist aber so, dass auch zu einem späteren Zeitpunkt, jederzeit und ohne Eingriff in die Anlage oder die Gebäude, weitere Arbeiten oder Projektgedanken aufgenommen werden können. Es gibt mittlerweile auch Bestrebungen des Kantonalen Naturschutzamtes, die Aufschüttung Hosen wieder zu Renaturieren. Da kann man dann evtl. alles miteinander machen und vielleicht gäbe es dann auch noch jemanden, der Interesse hätte, dies ganz anders anzusehen und bei der Finanzierung zu helfen.

In den Planungsunterlagen ist auf Seite 3 detailliert ersichtlich, was bezüglich Gebäudesanierung gemacht wird. Dies sind die minimalen Anforderungen, die gemacht werden müssen. Die sanitären Einrichtungen müssen ergänzt und den Gegebenheiten angepasst werden. Es geht auch darum, dass die ganze Abwassergeschichte optimal gelöst werden kann. Heute entspricht dies nicht unbedingt dem, wie es vorgegeben ist.

Auf Seite 4 wird über die Umgebungsgestaltung informiert, dazu gibt es auch eine Planbeilage. Dabei geht es darum, dass man sich mit dem Riipark auch bezüglich der Sicherheitsanforderungen Gedanken machen muss. Auf dem Strandbadareal hat es bauliche Dinge, die mit Fachleuten überprüft wurden und es wurde empfohlen, einige davon zu entfernen. Dies ist aber nicht detailliert und abschliessend, sondern bei der Umsetzung muss dies nochmals diskutiert werden. Welche Sicherheitsmassnahmen bis wann befolgt werden müssen, dazu wurde das BfU befragt und detaillierte Angaben sind in der Vorlage.

Die Investitionskosten wurden detailliert zusammengestellt. Die Gebäudesanierung vom Abbruch bis zu den Installationen, der Innenausbau, was es braucht, um einen Gastronomiebetrieb zu führen, der auch den lebensmitteltechnischen Anforderungen ent-

spricht, ein Ersatz der Bestuhlung und Tische, dies alles zusammen ergeben Totalkosten Gebäude von Fr. 497'500. Es braucht ganz leichte Anpassungen bei der Umgebung, diese betragen zusammengefasst Fr. 81'500. Die Gesamtkosten mit etwas wenigem Unvorhergesehenem (UVG) belaufen sich auf den Kreditantrag von Fr. 595'000.

Die Betriebskosten wurden bereits an der letzten Sitzung erwähnt. Hier wird nun aufgeführt, wie dies im Detail aussehen könnte. Dies sind Zahlen, die bereits bekannt sind.

Der Stadtrat beantragt, die Vorlage gut zu heissen, damit im Rahmen der bewilligten Betriebsänderung die baulichen Massnahmen eingeleitet werden können. So kann auf anfangs Badesaison ein Pächter engagiert werden, der den Riipark so führt, wie sie es mit dem Betriebskonzept verabschiedet haben. Dies bildet die Basis, damit sich jeder Steiner dort wohl fühlt. Er möchte vorausschicken, dass er unter den Anwesenden wohl einer derjenigen ist, der am meisten Zeit im Strandbad verbracht hat. Es hat ihm dort immer gefallen und es wird auch künftig als Riipark vielen gefallen. Es braucht sicher eine Anpassung und ein Umdenken, aber er ist sicher, dass so kosten- und betriebsoptimiert eine wunderbare Lösung präsentiert werden kann.

Sie beantragen deshalb, den Kredit von Fr. 595'000 für die Sanierung des Riiparks zu genehmigen und gleichzeitig die Motion Alfred Lengacher vom 21. September 1990 als erledigt abzuschreiben, da durch die Öffnung zum Adlergarten diese Motion als erfüllt betrachtet werden kann.

## **Eintreten**

Werner Käser, FDP, weist darauf hin, dass über die Rheinufergestaltung in den stadträtlichen Arbeitsgruppen über Jahre sehr kontrovers diskutiert wurde. Konzepte mit und ohne Bademeister, mit und ohne Lernschwimmbecken, mit und ohne Beachvolleyball, mit und ohne Renaturierung. Nach all den kostspieligen Varianten darf man es angesichts der heutigen Vorlage ruhig sagen: Der Berg hat eine Maus geboren. Allein, unsere finanziellen Mittel sind knapp und lassen auch nicht mehr zu. Deshalb ist das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen und dies tut diese Vorlage. Die Sanierungsarbeiten am Gebäude sind dringend nötig und in allen anderen Bereich wurde auf das Minimum abgespeckt. Von daher ist der Sparauftrag erfüllt.

Zwei Punkte möchte er besonders erwähnen:

- 1. Der Kreditantrag schafft kein Präjudiz für ein Konzept mit oder ohne Bademeister. Die Sanierungen am Gebäude sind sowieso nötig. Dieser Entscheid obliegt letztendlich dem Stadtrat und kann bei Annahme dieser Vorlage so oder so ausfallen. Die Meinungen dazu gehen bekanntlich auseinander, auch in der Bevölkerung. Es ist immerhin zu begrüssen, dass der Stadtrat sich in dieser Frage überhaupt einmal festgelegt hat.
- 2. Wir stimmen nicht über das Betriebskonzept ab, welches der Vorlage beiliegt, sondern nur über das Budget und die Sanierung. Es macht also wenig Sinn, heute Abend noch über die richtige Grösse des Serviertabletts zu diskutieren.

Im Namen der bürgerlichen Fraktion empfiehlt er Eintreten auf die Vorlage.

Cornelia Dean, SP; möchte, obwohl heute Abend nicht über das Betriebskonzept abgestimmt wird, etwas dazu sagen. Die SP-Fraktion ist sehr erstaunt, dass man nach so einer langen Anlaufzeit und nach so vielen Jahren von Diskussionen über die Zukunft des Strandbades, der grossen Wichtigkeit für das Städtchen und die Einwohner und Einwohnerinnen, eine so unausgereifte Vorlage vorgesetzt bekommt. Sie nimmt an, das Betriebskonzept kommt von der Bauverwaltung. An der letzten Einwohnerratssitzung wurde über die Stelle des Bademeisters abgestimmt, ohne das Gesamtkonzept des

Strandbades im Detail gesehen zu haben. Sie hatte dazumal schon erwähnt, dass sie gewünscht hätte, dass alles zusammen vorgebracht wird, so dass man sich bewusst ist, über was man abstimmt, wenn die Bademeisterstelle gestrichen wird.

Die Konzeptvorlage ist auf den 19. November 2014 datiert, die Sitzung fand am 14. November 2014 statt. Entweder hat der Schreiber des Betriebskonzepts das Konzept schon in der Schublade gehabt und es vorenthalten oder es wurde in Windeseile noch geschrieben, denn so kommt es leider daher.

Nun müssen die Konsequenzen dieser gestrichen Bademeisterstelle getragen werden, mit einem Betriebskonzept, dass ihren Vorstellungen nicht entspricht. Hätten sie gewusst, dass das Strandbad einen total anderen Charakter bekommt, dass es einfach eine Verlängerung des Adlergartens wird, keine Möglichkeiten mehr für Spiel und Spass der Kinder bietet, hätten sie das Ganze mit anderer Argumentation diskutieren müssen. Das Gastrokonzept scheint ihnen nicht von einem Gastroberater gemacht worden zu sein. Es schränkt jegliche Freiheit für einen Pächter ein. Zudem ist ein Fast-Food-Kiosk mit Pappgeschirr nicht jedermanns Sache. Die grosse, positive Resonanz aus der Bevölkerung für das Konzept der Espi Bademeisterin bestätigt diese Vermutung. Sie macht dies mit selber produzierten Sachen und man erhält den Kaffee in der Tasse.

Es gäbe noch andere Varianten, die nicht teurer sind und die Attraktivität für einen Pächter erhöhen würden. Man könnte eine gesetzeskonforme Einrichtung anbieten mit einem minimalen Ausbau, weniger Zins verlangen und der Pächter könnte selbst sein Inventar finanzieren. Der Pächter hätte die Freiheit, sein Konzept selber zu kreieren. Man könnte einen 5-Jahres-Vertrag machen, so dass er seine Investition wieder herausholen kann. Der Pächter könnte selber einrichten und er würde sich sicher Mühe geben, dass es läuft und dass er sich den Bedürfnissen der Bevölkerung anpasst. Das oberste Ziel dieses Projektes sollte doch sein, dass den Einheimischen eine Freizeitanlage angeboten wird und nicht, dass sich die Besucherzahlen im Adlergarten erhöhen und alles zu einer Fast-Food-Raststätte verkommt.

Die Espi-Badi kann den Verlust der Spielgeräte nicht ersetzen. Das Espi hat einen ganz anderen Charakter und ist auch zu klein. Wenn das Lernschwimmbecken noch auf 20cm heruntergesetzt wird, gehen die grösseren Kinder dort nicht mehr baden, das ist dann mehr ein "Baby-Bädli". Es wird also einiges fehlen. Auch mit dem Sprungturm, dem Floss und dem Balken, welche beliebt sind und die Jugendlichen anziehen. Wenn ihre Tochter ins Strandbad will, dann ist es wegen des Flosses und dem Sprungturm. Einfach nur eine Wiese zu haben, wo auch noch das Reck und der Rundlauf entfernt werden, scheint ihnen nicht das, was sie gewollt haben.

Es ist jetzt schon passiert, der Bademeister wurde gestrichen und wegen der Haftung wird es sicher schwierig. Aber wie erwähnt, sind sie überhaupt nicht begeistert über dieses Betriebskonzept. Das etwas gemacht werden muss und das Konzept weiterläuft, ist klar. Sie unterstützen deshalb den Kreditantrag und sind für Eintreten.

René Schäffeler, FDP, möchte Cornelia Dean darauf hinweisen, dass über die Sanierung abgestimmt wird und nicht über das Betriebskonzept. Der grösste Teil ihrer Ausführungen handelten über das Betriebskonzept und dies findet er nicht korrekt. Es muss über eine Sachvorlage abgestimmt werden und wegen eines Betriebskonzeptes eine Sanierung abzulehnen, findet er nicht korrekt. Sie müssen sich auf das konzentrieren, über das abgestimmt wird und das ist die Sanierung.

Arthur Cantieni weist darauf hin, dass man sich nicht gegenseitig belehren muss. Das Betriebskonzept liegt dem Einwohnerrat vor und er meinte, damit ist es auch erlaubt, dazu Stellung zu nehmen. Auch wenn nicht darüber abgestimmt werden kann, da es im

Kompetenzbereich des Stadtrates liegt. Cornelia Dean hat nicht gesagt, dass sie die Sanierung ablehnen wird.

**Jean-Marc Rossi, ÖBS,** fragt sich, wie sich die Mitglieder der Arbeitskommission fühlen müssen oder sich vorkommen, wenn nach ihrer jahrelangen Arbeit dies das Resultat ist. Er möchte, dass man die Bevölkerung über zwei Kreditvarianten abstimmen lässt. Das Vorliegende ist offenbar eine Minimalvariante, aber sein Antrag wäre, dass die Bevölkerung auch über eine Maximalvariante entscheiden kann.

**Stephan Brügel, Stadtschreiber,** möchte sich dazu äussern. Der Vorschlag von Jean-Marc Rossi geht nicht. Es liegt ein Antrag jetzt vor. Einwohnerrat Rossi könnte den Antrag stellen, dass man nicht darauf eintritt und die Vorlage zurückweist. Aber jetzt diesen Antrag im Sinne von ER Rossi abzuändern, dies geht nicht.

René Schäffeler möchte auch noch etwas ergänzen. Es ist nicht so, dass diese Vorlage jetzt innert kürzester Zeit aus der Schublade gezogen worden ist. Die Vorlage wurde in der Baukommission zwei-, dreimal diskutiert und ist auch schon länger in Arbeit. Da steckt eine Arbeit dahinter, bei der man sich Gedanken gemacht hat und man hat verschiedenste Varianten überprüft. Man musste die Kosten genau anschauen und das Beachvolleyballfeld für Fr. 130'000 mit Drainage etc. kann man sich wirklich nicht leisten. Seine Tochter würde auch gerne Beachvolleyball spielen, aber man muss auch einmal die Kostenseite anschauen. Ist die Renaturierung des Schwemmgrabens, bei der eine Zirkulationspumpe installiert werden muss, wirklich das, was wir wollen? Wir haben eine Finanzlage bei der wir auf eine Verschuldung von 35 Mio. Fr. zulaufen und dies ist aus seiner Sicht eine vernünftige Vorlage, bei der das Minimum gemacht wird. Wenn dem Konzept nicht zugestimmt wird, entsteht im Prinzip auch hier wieder ein Scherbenhaufen und es geht nicht weiter. Man diskutiert jetzt schon so lange über das Strandbad und wenn man dies nicht vorwärts bringt, dann ist er überzeugt, dass auch in 5 Jahren noch keine Änderung oder Verbesserung da ist. Eine Maximalvariante kann sich Stein am Rhein einfach nicht leisten. Er bittet, dies einfach auch zu beachten.

**Jean-Marc Rossi** meint, dass wenn diese Vorlage abgelehnt wird, auch ein Scherbenhaufen da ist. Es ginge darum, dass man möglichst schnell zu einer Abstimmung kommt, bei der die Bevölkerung die Wahl hat zwischen einer Variante mit Bademeister und einer Variante ohne. Dies sind Fragen, welche sie der Bevölkerung abnehmen.

Auch **Arthur Cantieni** ist der Meinung, dass dies so nicht geht. Er möchte darauf hinweisen, dass der Beschluss dem fakultativen Referendum unterliegt. Wenn das Referendum ergriffen wird, kann das Volk darüber abstimmen.

**Stephan Brügel** möchte darauf hinweisen, dass das Volk nicht über das Betriebskonzept abstimmen kann und der Stellenplan ist einzig und alleine in der Kompetenz des Einwohnerrates. Über das kann nicht abgestimmt werden, da ist kein Wenn und Aber.

**Jean-Marc Rossi** meint es gehe ihm nicht um das Betriebskonzept.

**Stephan Brügel** verweist auf die Aussage von Jean-Marc Rossi: mit oder ohne Bademeister. Darüber kann das Volk nicht abstimmen, da der Stellenplan in der Kompetenz des Einwohnerrates liegt.

**Jean-Marc Rossi** verweist auf den Vorschlag der Kommission, der im Bereich der Parkplätze ganz anders aussieht, auf mit oder ohne Lernschwimmbecken etc. Auch dies ist eine lange Arbeit, die jetzt einfach verloren ist. Man sollte die Bevölkerung fragen, welche Variante bevorzugt wird.

**Arthur Cantieni** möchte darauf hinweisen, dass es nur zur Volksabstimmung gebracht werden kann mit einem Referendum. Man muss sich an das Gesetz halten und kann nicht einfach machen, was man will.

Ruedi Vetterli, parteilos, hat den Plan gesehen und es hat ihn gefreut, dass der Raum für den Bademeister inkl. Kasse etc. mit relativ wenig Aufwand wieder hergerichtet wird.

Kann er sich, was Bepflanzung betrifft, auf den Plan verlassen? Er kann sich erinnern, dass vor mehreren Jahren bei der Vorstellung des Projektes der Mehrzweckhalle sehr viele Bäume zum Abschuss frei gegeben wurden, was viele Emotionen ausgelöst hat. Hier sind nun alle angegeben als bestehende Bepflanzung. Ist dies verbindlich? Alle, die hier auf dem Plan grau sind, die bleiben.

Markus Oderbolz, Baureferent, verweist auf den Plan, auf dem steht, dass alles was schwarz ist, bestehend ist, neu ist rot und was abgerissen wird, ist gelb. Es hat zwei Sträucher, die im Bereich der Türen zum Adlergarten entfernt werden müssen. Dies ist eigentlich die einzige Veränderung, die gemacht wird. Es wird bewusst an der Umgebung nichts verändert.

Ruedi Vetterli wollte einfach sicher sein und dass im Protokoll erscheint, dass die Bäume bestehen bleiben.

**Arthur Cantieni** verweist auf die Zeit und bedauert, dass er nicht eine Doppelsitzung angesetzt hat. Nach 3 Stunden müsste er die Sitzung eigentlich beenden. Er möchte zur Abstimmung kommen.

**Rolf Oster, SP,** möchte noch etwas zu den Spielgeräten sagen. Ihn wundert es, dass 500m weiter oben ein Spielplatz ist und dort kann man ohne Aufsicht spielen. Und im Adlergarten, der jetzt zum Riipark wird, dort geht es dann plötzlich nicht. Das findet er nicht logisch. Kann ihm das jemand erklären.

Markus Oderbolz erklärt, dass sie einen versierten Bauverwalter haben und dieser hat zusammen mit dem BfU die Sache angeschaut. Aufgrund der Empfehlungen des BfU werden sie handeln.

## **Detailberatung**

## Seite 4

René Schäffeler möchte darauf hinweisen, dass die Entfernung dieser Spielgeräte sicher noch im Detail angeschaut werden muss. Er kennt Bäder wie das Lido in Lugano, das auch einen Sprungturm hat. Dieser wird gesperrt, wenn keine Aufsicht da ist und bei Badeaufsicht wird die Tafel entfernt und die Kinder können diesen benutzen. Es gibt also nicht immer nur schwarz/weiss Lösungen zu diesem Thema und dies müsste eigentlich auch berücksichtigt werden bei der Abstimmung zu dieser Vorlage, dass nicht alles an Spielgeräten einfach abgerissen wird.

Markus Oderbolz möchte ergänzen, dass sie bereits in Verhandlungen mit möglichen Leuten sind, die ihnen Unterstützung an Tagen mit hohen Frequenzen bieten und für die Sicherheit schauen können. Dann kann es unter Umständen auch möglich werden, dass zu solchen Zeiten der Sprungturm geöffnet wird. Dann ist eine Bewachung, eine Sicherheit da. Es wird nichts abgerissen, sondern es wird nur so gesichert, wie es das BfU vorgibt.

**Peter Spescha** verweist auf Seite 4 der Unterlagen, wo dies etwas anders steht. Letzter Satz, zweiter Abschnitt: "Ebenfalls werden die Turngeräte (Rundlauf, Reck) auf der Parkwiese entfernt."

**Markus Oderbolz** erklärt, dass dies vor allem das Reck und den Rundlauf betrifft. Beim Rundlauf müssen die Ketten demontiert werden und beim Reck kann die Stange evtl. stehenbleiben. Das sind Details, die bei der Umsetzung geklärt werden müssen. Dies sind einfach Empfehlungen des BfU.

**Cornelia Dean** fragt, ob dann der Satz: "Dies bedeute in aller erster Linie die Entfernung der Schwimmkörper (Floss und Baumstamm) im Rhein sowie der baulichen Anpassung oder gegebenenfalls den Abbruch des Sprungturms." noch angepasst wird.

Markus Oderbolz erklärt, dass ein Baumstamm und auch das Floss nicht so gesichert werden können, dass sie nicht mehr benutzt werden können, diese müssen sicher entfernt werden. Der Sprungturm kann so gesichert werden, dass er bei Aufsicht benutzt werden kann.

Irene Gruhler Heinzer bezieht sich auf den Sitzbereich für 80 Personen. Sie möchte anregen, dass man die Plätze überdeckt und ist sich der diesbezüglichen Kostenerhöhung bewusst. Für die Attraktivität des Gastrobetriebes wäre dies sicher noch anziehend, dass man bei einem Gewitter dort Schutz suchen und danach weiter baden kann.

Markus Oderbolz erklärt, dass sie aufgrund der Budgetsituation Sonnenschirme vorgesehen haben. Diese decken einen grossen Teil ab. Ob es dann bei einem Gewitter noch ansprechend ist, sich darunter aufzuhalten, ist eine andere Frage. Sie möchten einfach ermöglichen, dass ein Pächter an schönen Tagen ein gutes Geschäft machen kann.

#### **Beschluss:**

- 1. Der Einwohnerrat genehmigt den Kredit von brutto Fr. 595'000 für die Sanierung Riipark.
- 2. Die Motion von Alfred Lengacher vom 21. September 1990 wird als erledigt abgeschrieben.

Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag mit 10 Ja-Stimmen, zu 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen zu.

Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 lit. b und Art. 21 lit. b Verfassung der Einwohnergemeinde dem fakultativen Referendum.

#### Mitteilung an

Bau-/Werkreferat Finanzreferat Stadtschreiber Bereichsleiter Bau Stadtkanzlei Ablage

## **INNERES**, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

#### 6. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2015

#### Wahl eines Präsidenten

René Schäffeler, FDP, freut sich, Gian Luca Marchetto, SVP, für die Wahl ins Präsidium vorzuschlagen.

#### **Geheime Wahl:**

## Gian Luca Marchetto wird mit 14 Stimmen gewählt.

Gian Luca Marchetto bedankt sich für die Wahl und lädt zum anschliessenden Umtrunk in den Roten Ochsen ein.

## Wahl eines Vizepräsidenten

Irene Gruhler Heinzer, SP, hat die Ehre Peter Spescha, SP, zur Wahl zu empfehlen.

#### **Geheime Wahl:**

Peter Spescha wird mit 14 Stimmen gewählt.

## Wahl eines Aktuars

René Schäffeler, FDP, schlägt Christian Flück, Pro Stein, zur Wahl vor.

#### Geheime Wahl:

Christian Flück wird mit 14 Stimmen gewählt.

## Wahl der Stimmenzähler

Da Christian Flück nicht mehr zur Verfügung steht, schlägt René Schäffeler, FDP, Daniel Ochsner, SVP, als neuen Stimmenzähler vor.

#### Offene Wahl:

Daniel Ochsner, SVP, wird einstimmig gewählt. Jörg Derrer, SP, wird einstimmig wiedergewählt.

## Mitteilung an

Gewählte (mit separatem Schreiben) Stadtschreiber Bereichsleiter Finanzen Stadtkanzlei Ablage

## **INNERES**, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

#### 7. Ernennung einer Protokollführerin

Yvonne Widmer hat bereits im Dezember 2013 ihren Rücktritt auf Ende 2014 mitgeteilt. **Arthur Cantieni** bedankt sich für die geschriebenen 26 Protokolle im Umfang von ca. 550 Seiten. Mit einem Blumenstrauss, Schokolade und einem Applaus wird die Protokollführerin verabschiedet.

Als Nachfolgerin schlägt **Arthur Cantieni** Karin Schmid vor. Karin Schmid ist politisch interessiert, nimmt regelmässig als Zuschauerin an den Einwohnerrats-Sitzungen teil und würde das Amt der Protokollführerin gerne übernehmen. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

# Der Rat ernennt Karin Schmid mit einem kräftigen Applaus zur neuen Protokollführerin.

## Mitteilung an

Karin Schmid, Bollstieg 10, 8260 Stein am Rhein (mit separatem Schreiben) Stadtschreiber Stadtkanzlei Ablage

## **INNERES**, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

## 8. Allgemeine Umfrage

**Arthur Cantieni, Einwohnerratspräsident,** verliest das Rücktrittsschreiben von Urs Weibel, der als Präsident der GPK auf Ende Februar 2015 zurücktritt.

Arthur Cantieni bedankt sich bei Urs Weibel für die grosse, geleistete Arbeit während dessen Zeit als Mitglied der GPK.

Die Wahl eines neuen Mitgliedes erfolgt anlässlich der Sitzung vom 6. März 2015.

\*\*\*\*

**Irene Gruhler Heinzer** bedankt sich bei Arthur Cantieni für die geleistete Arbeit in seinem Präsidialjahr. Es gab einige schwierige Stunden, die er zu meistern hatte.

**Arthur Cantieni** bedankt sich für die netten Worte. Da es bereits 23.15 Uhr ist, verzichtet er auf ein Schlusswort als Präsident.

\*\*\*\*

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, macht die Einwohnerräte darauf aufmerksam, dass die Sitzung im September am 18. September 2015 stattfindet und nicht wie irrtümlich publiziert bereits am 11.

Der Status bezüglich Jahresziele und Massnahmen 2014 sowie die Jahresziele und Massnahmen 2015 werden schriftlich in der Sitzung abgegeben.

\*\*\*\*

Arthur Cantieni legt fest, dass diese Sitzung als Doppel-Sitzung gilt.

## Mitteilung an

Bereichsleiter Finanzen Stadtkanzlei Ablage

Schluss der Sitzung 23.15 Uhr

Stein am Rhein, 18. Dezember 2014

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer